

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

ZU:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE - Achtes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg - Drucksache 7/3680 vom 04.06.2021

- 2. Lesung -

Berichterstatter:

Abgeordneter Daniel Keller (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, Achtes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg, Drucksache 7/3680, in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den oben genannten Gesetzentwurf in seiner 46. Sitzung am 16. Juni 2021 an den Hauptausschuss.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Bekämpfung des Antisemitismus sowie die Stärkung des jüdischen Lebens als Staatsziele in Artikel 7a der Landesverfassung verankert werden. Die in den letzten Jahrzehnten wachsende Partnerschaft zur Republik Polen soll mit der Änderung der Verfassung nachvollzogen und die besondere Beziehung zum Nachbarn Polen im Verfassungstext gestärkt werden. Daneben wurden verfassungsrechtliche Änderungsbedarfe in der Binnenorganisation des Landtages ermittelt. Das betrifft den Rechtsstatus der Fraktionen (Artikel 67) sowie die Bestimmungen zur Zusammensetzung des Präsidiums des Landtages (Artikel 69). Zudem soll die Verfassung an die geschlechtergerechte Sprache angepasst werden. Die entsprechende Anpassung des vollständigen Verfassungstextes soll nach dem Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren erarbeitet werden.

Der Hauptausschuss befasste sich in seiner 26. Sitzung am 18. August 2021, seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 (öffentliche Anhörung) und abschließend in seiner 36. Sitzung am 15. Juni 2022 mit dem vorliegenden Gesetzentwurf.

B. Beratung

In seiner 26. Sitzung am 18. August 2021 beschloss der Hauptausschuss die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

Diese fand in der 28. Sitzung am 6. Oktober 2021 statt. An der Anhörung nahmen teil: S. E. Prof. Dr. Andrzej Przyłębski - Botschafter der Republik Polen in Berlin; Daniel Botmann - Zentralrat der Juden in Deutschland; Prof. Dr. Walter Homolka - Abraham Geiger Kolleg gGmbH; Ariel Kirzon - Landesverband der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg K. d. ö. R.; Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt - Universität Potsdam, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verwaltungs- und Kommunalrecht; Jes Albert Möller - Ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg; Prof. Dr. iur. Michael Elicker - Universität des Saarlandes; Dr. Beate Sibylle Pfeil - European Centre for Minority Issues (ECMI), Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen; Dr. Ewa Trutkowski - Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Linguistik sowie Prof. Dr. Anatol Stefanowitsch - Freie Universität Berlin. Neben dem Gesetzentwurf lagen den Anzuhörenden ein Änderungsantrag der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER (Anlage 3) sowie eine Synopse mit Änderungsmöglichkeiten in Bezug auf geschlechtergerechte Sprache zur Befassung vor.

In der Anhörung wurden nahezu alle im Gesetzentwurf enthaltenen Änderungen sowie darüber hinaus eine Verankerung der niederdeutschen Sprache sowie des Begriffes des Antiziganismus in der Verfassung diskutiert und beraten.

Inhaltlich lässt sich festhalten, dass die Änderungen zur Verdeutlichung der Freundschaft mit Polen allenthalben von den Anzuhörenden begrüßt wurde. Um die Verbindungen zum Nachbarland Polen und die Verflechtung der beiden Gesellschaften, Kommunen und Unternehmen zu stärken, wurde die Änderung als förderlich angesehen. Es wurde aber darauf hingewiesen, dass der Begriff der Freundschaft eher eine Beziehung zwischen Menschen und nicht zwischen Staaten beschreibt. Insofern regten einige Anzuhörende sprachliche Änderungen an.

Die Antisemitismusklausel in der Neufassung des Artikels 7a wurde ebenfalls überwiegend begrüßt. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der gesellschaftlichen Entwicklungen sei es richtig, das Eintreten gegen Antisemitismus als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen. Teils wurde aber eine stärker fordernde Präzisierung der Formulierung für sachgerecht angesehen. Es wurde angeregt, an geeigneter Stelle in der Gesetzesbegründung auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance zu verweisen. Auch die Ergänzung um das Element der Stärkung jüdischen Lebens wurde als ein wichtiges Signal an Jüdinnen und Juden in Brandenburg, aber auch an die Gesamtgesellschaft gesehen. Mehrere Anzuhörende wendeten aber ein, dass diese Formulierung in Absatz 2 interpretationsbedürftig sei und daher sprachlich verändert werden sollte. Es wurde zudem daran erinnert, dass die Stärkung des jüdischen Lebens nicht ohne die Stärkung der jüdischen Kultur funktioniere.

Teils wurde von den Anzuhörenden angeregt, auch den Begriff des Antiziganismus in Artikel 7a mit aufzunehmen, da bei der Bekämpfung der Diskriminierung von Sinti und Roma - im Unterschied zu allen anderen anerkannten Minderheiten - ein besonderer Bedarf in Deutschland gesehen wurde. Andere Anzuhörende dagegen betonten, dass Antiziganismus als rassistisches Gedankengut aufgefasst werden könne, sodass kein dringender Handlungsbedarf diesbezüglich erkennbar sei, da das Land der Verbreitung rassistischem Gedankengut nach Artikel 7a bereits entgegentreten müsse. Der Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus wurde in der Anhörung insgesamt noch einmal verdeutlicht.

Den Schutz und die Förderung der niederdeutschen Sprache ebenfalls mit in die Verfassung aufzunehmen, wurde ebenfalls in der Anhörung angesprochen und teils begrüßt.

Mehrere Anzuhörende wiesen auf die Wichtigkeit hin, dass der Landtag in seiner ersten Sitzung zumindest eine Präsidentin oder einen Präsidenten und möglichst auch eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten wählen sollte, um die Funktionsfähigkeit des Landtages sicherzustellen.

Eine eventuelle Anpassung der Verfassung an geschlechtergerechte Sprache wurde von den Anzuhörenden kontrovers bewertet. Während die einen eine Anpassung als begrüßenswert erachteten, sprachen sich andere gegen eine umfassende systematische und ausnahmslos sprachliche Umgestaltung der Verfassung aus. Dabei wurden geschlechterneutrale Formulierungen teils begrüßt, andere rieten von solch abstrakten Formulierungen eher ab. Als Argumente gegen eine sprachliche Anpassung wurde angeführt, dass sie die Binarität von Mann und Frau verfestige und nicht-binäre und damit divers geschlechtliche Personen exkludiere. Zudem befördere dies eine sprachliche und rechtliche Unsicherheit. Dagegen wurde angeführt, dass durch die Anpassungen zumindest die Bevölkerungsmehrheit der Frauen sichtbarer gemacht werde.

Hinsichtlich des konkreten Ergebnisses der Anhörung wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll mit den anliegenden schriftlichen Stellungnahmen der Anzuhörenden (P-HA 7/28) verwiesen.

Zu der abschließenden Beratung in der 36. Sitzung des Hauptausschusses am 15. Juni 2022 lagen dem Ausschuss die schriftlichen Stellungnahmen des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden (Anlage 4) vor, die zum einen konkrete Änderungs- und Formulierungsvorschläge zum 4. Abschnitt der Verfassung (Rechte der Sorben/Wenden) enthielten. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es aus minderheitenpolitischer Sicht begrüßenswert sei, wenn die Rechte der im Land Brandenburg lebenden Sinti und Roma und die Regionalsprache Niederdeutsch in der Verfassung Beachtung finden würden.

Ebenfalls lagen die schriftlichen Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg e. V., des Landkreistages Brandenburg e. V., der Fachstelle Antisemitismus des Moses Mendelssohn Zentrums und des Zentralrates der Juden in Deutschland vor (Anlagen 5-8). Hinzu kamen die unaufgeforderten Stellungnahmen des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V. und des Vereins für Niederdeutsch im Land Brandenburg e. V. (Anlagen 9-10).

Der Änderungsantrag der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER (Anlage 3) wurde von der einbringenden Fraktion vor der abschließenden Beratung im Hauptausschuss zurückgezogen. Den Ausschussmitgliedern lag zudem ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE (Neudruck) (Anlage 2) vor.

In der abschließenden Beratung betonte die CDU-Fraktion für die den Änderungsantrag einbringenden Fraktionen, dass die Erkenntnisse aus der Anhörung in die Formulierungen des Änderungsantrages eingeflossen seien. Der Antrag sei sehr umfangreich, da der Arbeitsauftrag aus dem Gesetzentwurf zur Anpassung des Textes an geschlechtergerechte Sprache ebenfalls umgesetzt wurde. Es habe sich um einen langen, komplexen und intensiven Beratungsprozess, mit einem nun vorliegenden gelungenen Ergebnis, gehandelt. Geworben wurde für eine breite Zustimmung zu der Verfassungsänderung, die auch weitere kleinere Änderungen im Prozess nicht ausschließe. Einer parlamentarischen Demokratie sei ein solcher Debattenprozess immanent. Es liege nun aber der schriftliche Änderungsantrag zur Abstimmung vor.

Mehrfach betonte dagegen die AfD-Fraktion, sie empfinde es als unangemessen und einer Verfassungsänderung unwürdig, dass weiterhin um Zustimmung geworben werde und vieles noch zur Diskussion stünde. Es liege offensichtlich noch kein abschließender Text vor. Die Anhörung liege lange zurück und wenige Tage vor der Beschlussfassung im Landtag würden derartige Änderungen eingebracht.

Zudem merkte die AfD-Fraktion an, dass mit der Verfassungsänderung nicht nur die Staatsziele, sondern auch Artikel 69 (Präsidium) der Verfassung geändert werden solle. Die Machtverteilung im Parlament hätte sich nach der letzten Wahl zugunsten der AfD-Fraktion geändert. Dies sei aus ihrer Sicht auch der Grund für die geplante Änderung dieses Artikels. Die AfD-Fraktion solle damit als stärkste Oppositionsfraktion weiter ausgegrenzt werden, indem ihr der Posten des Vizepräsidenten genommen werden könne. Das lehne die AfD-Fraktion ab. Hierbei handle es sich aus ihrer Sicht gerade nicht um einen gesellschaftlichen Diskurs. Zudem bedürfe es aus Sicht der AfD-Fraktion im Hinblick auf die Bekämpfung des Antisemitismus auch keiner Verfassungsänderung, sondern einer anderen Zuwanderungspolitik.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnerte daran, dass die Verfassung in diesem Jahr ihr 30-jähriges Jubiläum feiere. Sie sei damals in einem sehr breiten Prozess erstellt worden und sei eine sehr gute Grundlage. Aufgrund des gesellschaftlichen Wandels bedürfe sie aber gelegentlich der Überarbeitung. Dieser Prozess wurde sehr umfangreich und partizipativ durchgeführt. Davon zeuge die Anhörung, aber auch die Tatsache, dass auf die dort getätigten Anregungen mit dem nun vorliegenden Änderungsantrag eingegangen werde.

Die Fraktion DIE LINKE stimmte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, dass auch eine moderne Verfassung nach 30 Jahren einer Überarbeitung unterliegen sollte. Die nun vorliegenden Änderungen seien in den letzten Jahren in der Gesellschaft diskutiert worden, wie zum Beispiel der Kampf gegen Antisemitismus und Antiziganismus oder die Förderung des jüdischen Lebens bzw. der niederdeutschen Sprache. Insofern sei es wert, für diese Verfassungsänderung zu streiten. Es wurde daran erinnert, dass eine Änderung der Verfassung auch immer einen Kompromiss darstelle.

Einen Dank an alle, die an dem Diskussionsprozess konstruktiv mitgewirkt haben, sprach die SPD-Fraktion aus. Es habe sich um einen sehr langen, aber transparenten Prozess gehandelt.

Anschließend nahmen die Mitglieder des Hauptausschusses den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE (Neudruck) vom 14. Juni 2022 mehrheitlich bei einer Enthaltung (7 : 3 : 1) an.

Der in der Sitzung mündlich eingereichte Änderungsantrag der AfD-Fraktion, die Änderung des Artikels 69 zu streichen, wurde nach Hinweis des Vorsitzenden, dass Änderungsanträge schriftlich einzureichen seien und nach Annahme des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE (Neudruck) mit Zustimmung des Antragsstellers als erledigt betrachtet.

Sodann stimmte der Hauptausschuss ebenfalls mehrheitlich bei einer Enthaltung (7 : 3 : 1) dafür, dem Landtag zu empfehlen, das Achte Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg, Drucksache 7/3680, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

Letztlich wurde die Landtagsverwaltung ermächtigt, offensichtliche redaktionelle Fehler zu berichtigen und entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Anlagen

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE (Neudruck) vom 14.06.2022
- Anlage 3: Änderungsantrag der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER vom 20.09.2021
- Anlage 4: Schriftliche Stellungnahmen des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden
- Anlage 5: Schriftliche Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg e. V.
- Anlage 6: Schriftliche Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg e. V.
- Anlage 7: Schriftliche Stellungnahme der Fachstelle Antisemitismus des Moses Mendelsohn Zentrum
- Anlage 8: Schriftliche Stellungnahme des Zentralrates der Juden in Deutschland
- Anlage 9: Schriftliche Stellungnahmen des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V.
- Anlage 10: Schriftliche Stellungnahme des Vereins für Niederdeutsch im Land Brandenburg e. V.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses****Gesetzentwurf für ein****Gesetzentwurf für ein****Achtes Gesetz zur Änderung der
Verfassung des Landes Branden-
burg****Achtes Gesetz zur Änderung der
Verfassung des Landes Branden-
burg****Vom ...****Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg ist eingehalten:

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg ist eingehalten:

Artikel 1**Artikel 1****Änderung der Verfassung des Lan-
des Brandenburg****Änderung der Verfassung des Lan-
des Brandenburg**

Die Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. I S. 298), die zuletzt durch das Gesetz vom 16. Mai 2019 (GVBl. I Nr. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Die Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. I S. 298), die zuletzt durch das Gesetz vom 16. Mai 2019 (GVBl. I Nr. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zum 4. Abschnitt im zweiten Hauptteil wird wie folgt gefasst:

„4. Abschnitt: Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen“.

b) Die Angabe zu Artikel 25 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 25 Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen“.

c) Die Angabe zu Artikel 65 wird wie folgt gefasst:

Entwurf

Beschlüsse des Hauptausschusses

„Artikel 65 Beschlussfassung“.

- d) Die Angabe zu Artikel 71 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 71 Petitionsausschuss“.

- e) Die Angaben zu den Artikeln 83 und 84 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 83 Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten“**Artikel 84 Ernennung und Entlassung der Ministerinnen und Minister“.**

- f) Die Angabe zu Artikel 86 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 86 Konstruktives Misstrauensvotum“.

- g) Die Angabe zu Artikel 90 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 90 Vorsitz, Beschlussfassung, Geschäftsführung“.

- h) Die Angaben zu den Artikeln 93 und 94 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 93 Beamtinnen und Beamten“**Artikel 94 Unterrichtspflicht der Landesregierung“.**

- i) Die Angaben zu den Artikeln 109 und 110 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 109 Berufung der Richterinnen und Richter“

Entwurf

Beschlüsse des Hauptausschusses

Artikel 110 Ehrenamtliche Richterinnen und Richter“.

j) Die Angabe zu Artikel 114 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 114(weggefallen)“.

1. Artikel 2 Absatz 1 wird wie folgt ge- 2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
fasst:

„(1) Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern anstrebt und hierbei die Freundschaft mit dem Nachbarn Polen stetig vertieft.“

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern anstrebt und hierbei insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland Polen pfllegt und weiterentwickelt.“

b) In Absatz 4 Satz 3 wird das Wort „Richtern“ durch die Wörter „Richterinnen und Richtern“ ersetzt.

2. Artikel 3 wird wie folgt geändert: 3. u n v e r ä n d e r t

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Bürger“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Einwohner“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohner“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort „Bürger“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

4. Artikel 6 wird wie folgt geändert:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Rechtsweg steht allen offen, die durch die öffentliche Gewalt in ihren Rechten verletzt werden.“

b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

c) In Absatz 3 werden die Wörter „einem anderen“ durch das Wort „anderen“ und die Wörter „dem anderen“ durch die Wörter „den anderen“ ersetzt.

5. Artikel 7 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Alle Menschen schulden einander die Anerkennung ihrer Würde.“

3. Artikel 7a wird wie folgt gefasst:

6. Artikel 7a wird wie folgt gefasst:

„Artikel 7a**(Schutz des friedlichen Zusammenlebens)**

„(1) Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt Antisemitismus sowie der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.

(2) Das Land fördert die Stärkung jüdischen Lebens.“

(1) Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt Antisemitismus, Antiziganismus sowie der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.

(2) Das Land fördert das jüdische Leben und die jüdische Kultur.“

7. Artikel 8 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jeder Mensch“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

b) In Absatz 3 werden das Wort „Niemand“ durch die Wörter „Kein Mensch“ ersetzt und das Wort „seine“ gestrichen.

8. Artikel 9 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „der Richter“ durch die Wörter „eine Richterin oder ein Richter“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden das Wort „dem“ vor dem Wort Betroffenen gestrichen und das Wort „seiner“ durch das Wort „eigener“ ersetzt.

c) In Absatz 4 wird das Wort „mißhandelt“ durch das Wort „misshandelt“ ersetzt.

9. Artikel 10 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 10**(Freie Entfaltung der Persönlichkeit)**

Jede Person hat das Recht auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die Verfassung und die ihr entsprechenden Gesetze verstößt.“

10. Artikel 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

Entwurf

Beschlüsse des Hauptausschusses

„(1) Jede Person hat das Recht, über die Preisgabe und Verwendung ihrer persönlichen Daten selbst zu bestimmen, auf Auskunft über die Speicherung ihrer persönlichen Daten und auf Einsicht in Akten und sonstige amtliche Unterlagen, soweit sie die eigene Person betreffen und Rechte Dritter nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten dürfen nur mit freiwilliger und ausdrücklicher Zustimmung der Berechtigten erhoben, gespeichert, verarbeitet, weitergegeben oder sonst verwendet werden.“

b) In Absatz 2 Satz 2 werden das Wort „dem“ durch das Wort „den“ und das Wort „zulässt“ durch das Wort „zulässt“ ersetzt.

11. Artikel 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden das Wort „seine“ gestrichen und das Wort „Überzeugung“ durch das Wort „Überzeugungen“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Kann eine Bürgerin oder ein Bürger staatsbürgerliche Pflichten aus Gewissensgründen nicht erfüllen, soll das Land im Rahmen des Möglichen andere, gleichbelastende Pflichten eröffnen. Dies gilt nicht für Abgaben.“

12. Artikel 15 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Wörter „den Richter“ durch die Wörter „die Richterin oder den Richter“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

b) In Absatz 3 wird das Wort „übrigen“ durch das Wort „Übrigen“ ersetzt.

13. In Artikel 16 Absatz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

14. In Artikel 18 Absatz 2 wird das Wort „Ausländer“ durch die Wörter „Ausländerinnen und Ausländer“ ersetzt.

15. Artikel 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

16. Artikel 21 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Jeder hat“ durch die Wörter „Alle Menschen haben“ ersetzt.

b) In Absatz 4 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

c) In Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „seinen“ durch das Wort „eigenen“ ersetzt.

17. Artikel 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

Entwurf

Beschlüsse des Hauptausschusses

„(1) Jede Bürgerin und jeder Bürger hat nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres das Recht, zum Landtag und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften zu wählen, und nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres das Recht, in diese gewählt zu werden. Anderen Einwohnerinnen und Einwohnern Brandenburgs sind diese Rechte zu gewähren, sobald und soweit das Grundgesetz dies zulässt.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Jede Bürgerin und jeder Bürger hat mit Vollendung des sechzehnten Lebensjahres das Recht, sich an Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie an Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu beteiligen. Andere Einwohnerinnen und Einwohner haben das Recht, sich an Volksinitiativen und Einwohneranträgen zu beteiligen; das Recht, sich an Volksbegehren und Volksentscheiden sowie an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu beteiligen, ist ihnen zu gewähren, sobald und soweit das Grundgesetz dies zulässt.“

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „Bürger“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

bb) In Satz 5 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

aa) In Satz 1 wird das Wort „seiner“ durch das Wort „der“ ersetzt.

bb) In Satz 3 werden die Wörter „den Arbeitgeber“ durch die Wörter „die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber“ ersetzt.

e) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Das Nähere regelt ein Gesetz. Das Gesetz kann insbesondere vorsehen, dass die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Rechte nur innehat, wer bereits für eine bestimmte Dauer Bürgerin oder Bürger oder Einwohnerin oder Einwohner im Wahl- oder Abstimmungsgebiet ist. Das Gesetz kann auch vorsehen, dass Beamtinnen und Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Richterinnen und Richter nicht zugleich Mitglied im Landtag oder in kommunalen Vertretungskörperschaften sein können.“

18. In Artikel 24 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

19. Abschnitt 4 im zweiten Hauptteil wird wie folgt gefasst:

„4. Abschnitt:

Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen

Artikel 25

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses****(Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen)**

(1) Das Recht des sorbischen/wendischen Volkes auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes wird gewährleistet. Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Verwirklichung dieses Rechtes, insbesondere die kulturelle Eigenständigkeit und die wirksame politische Mitgestaltung des sorbischen/wendischen Volkes.

(2) Das Land wirkt auf die Sicherung einer Landesgrenzen übergreifenden kulturellen Autonomie des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen hin.

(3) Das Recht auf Bewahrung und Förderung der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur im öffentlichen Leben und ihre Vermittlung in Schulen und Kindertagesstätten wird gewährleistet.

(4) Im angestammten Siedlungsgebiet des sorbischen/wendischen Volkes ist die sorbische/wendische Sprache in die öffentliche Beschriftung einzubeziehen. Die sorbische/wendische Fahne hat die Farben Blau, Rot, Weiß.

(5) Die Ausgestaltung der Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen regelt ein Gesetz. Dies hat sicherzustellen, dass in Angelegenheiten, die Belange des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen betreffen, insbesondere bei der Gesetzgebung, deren Vertreterinnen und Vertreter mitwirken.“

20. In Artikel 27 Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „Mißhandlung“ durch das Wort „Misshandlung“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

21. In Artikel 29 Absatz 1 und 3 Satz 1 wird jeweils das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jeder Mensch“ ersetzt.

22. Artikel 30 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Lehrer und“ durch die Wörter „Lehrkräfte, Schülerinnen und“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

c) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Neigungen“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.

d) In Absatz 6 Satz 2 wird das Wort „Finanzierungszuschuß“ durch das Wort „Finanzierungszuschuss“ ersetzt.

23. Artikel 32 Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Zugang zum Hochschulstudium steht allen offen, die die Hochschulreife besitzen.“

24. In Artikel 33 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

25. Artikel 34 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Künstler“ durch die Wörter „Künstlerinnen und Künstler“ ersetzt.

b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Land schützt und fördert die Pflege der niederdeutschen Sprache.“

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

26. Artikel 35 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Sie soll die besonderen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.“

27. Artikel 39 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ und das Wort „seiner“ durch das Wort „ihrer“ ersetzt.

b) In Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

c) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 2. Halbsatz werden die Wörter „Eigentümer und Betreiber“ durch die Wörter „Eigentümerinnen und Eigentümer und Betreiberinnen und Betreiber“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

d) In Absatz 9 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

28. In Artikel 40 Absatz 5 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

29. In Artikel 41 Absatz 3 wird das Wort „Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.

30. Artikel 42 wird wie folgt geändert:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

a) In Absatz 1 Satz 1 werden das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ und das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Mißbrauch“ durch das Wort „Missbrauch“ ersetzt.

31. In Artikel 43 Absatz 1 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

32. In Artikel 45 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Bewohnern“ durch die Wörter „Bewohnerinnen und Bewohnern“ ersetzt.

33. Artikel 48 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „jedes einzelnen umfaßt, seinen“ durch die Wörter „jeder einzelnen Person umfaßt, den eigenen“ ersetzt.

b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.

c) In Absatz 4 wird das Wort „Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.

34. In Artikel 49 Absatz 1 Satz 1 werden das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ und das Wort „seinen“ durch das Wort „ihren“ ersetzt.

35. Artikel 51 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden das Wort „jeden“ durch die Wörter „alle Personen“ ersetzt und die Wörter „für alle“ gestrichen.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden das Wort „umfaßt“ durch das Wort „umfasst“ und das Wort „Abschluß“ durch das Wort „Abschluss“ ersetzt.

36. Artikel 52 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Keine Person darf ihrer gesetzlichen Richterin oder ihrem gesetzlichen Richter entzogen werden.“

- b) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

- c) In Absatz 5 wird das Wort „Niemand“ durch die Wörter „Kein Mensch“ ersetzt.

37. Artikel 53 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Jede wegen einer Straftat beschuldigte oder angeklagte Person ist so lange als unschuldig anzusehen, bis sie rechtskräftig verurteilt ist.“

- b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Eine beschuldigte Person kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes einer Verteidigerin oder eines Verteidigers bedienen.“

38. Artikel 54 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 2. Halbsatz werden das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ und die Wörter „den Strafgefangenen“ durch die Wörter „die Strafgefangenen“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

b) In Absatz 2 werden die Wörter „Der entlassene Strafgefangene hat“ durch die Wörter „Entlassene Strafgefangene haben“ und die Wörter „zu seiner Wiedereingliederung“ durch die Wörter „zur Wiedereingliederung“ ersetzt.

39. In Artikel 55 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „zustehenden“ durch das Wort „zustehende“ ersetzt.

40. Artikel 56 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Abgeordneten sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter darf nicht gezwungen werden, gegen das eigene Gewissen oder die eigene Überzeugung zu handeln.“

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

c) In Absatz 4 Satz 2 wird das Wort „Abgeordneten“ durch die Wörter „Mitglied des Landtages“ ersetzt.

41. Artikel 57 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Abgeordnete dürfen zu keiner Zeit wegen einer Abstimmung oder Äußerung im Landtag, in einem seiner Ausschüsse oder in einer Fraktion gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Landtages zur Verantwortung gezogen werden.“

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

42. In Artikel 58 werden die Wörter „einen Abgeordneten“ durch die Wörter „ein Mitglied des Landtages“ ersetzt.

43. Artikel 61 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Ein Mitglied des Landtages, das in gewinnsüchtiger Weise seinen Einfluss oder sein Wissen als Mitglied des Landtages in einer das Ansehen des Landtages gröblich gefährdenden Weise missbraucht, kann vor dem Verfassungsgericht unter Anklage gestellt werden.“

b) In Absatz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

44. Artikel 62 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „Der Landtagspräsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort „Beschluß“ durch das Wort „Beschluss“ ersetzt.

45. In Artikel 63 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Abgeordneter“ durch die Wörter „Mitglied des Landtages“ ersetzt.

46. Artikel 64 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

„(1) Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages kann den Landtag jederzeit einberufen und muss ihn unverzüglich einberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Landtages oder die Landesregierung dies verlangen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „Mitglieder“ die Wörter „des Landtages“ eingefügt.

bb) In Satz 4 wird das Wort „Ausschluß“ durch das Wort „Ausschluss“ ersetzt.

47. Artikel 65 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Artikel 65

(Beschlussfassung)“.

b) In Satz 1 wird das Wort „faßt“ durch das Wort „fasst“ ersetzt.

48. In Artikel 66 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

4. Artikel 67 Absatz 1 Satz 2 wird wie 49. unverändert folgt gefasst:

„Sie wirken mit eigenen Rechten und Pflichten als selbstständige und unabhängige Gliederungen an der Arbeit des Landtages mit, sie sind Adressat der politischen Willensäußerung der Bürgerinnen und Bürger und unterstützen den parlamentarisch-politischen Willensbildungsprozess.“

5. Artikel 69 Absatz 1 wird wie folgt gefasst: 50. Artikel 69 wird wie folgt geändert:

Entwurf

„(1) Der Landtag wählt aus seiner Mitte ein Präsidium, bestehend aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, zwei Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und weiteren Mitgliedern. Eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident soll einer Oppositionsfraktion angehören. Jede Fraktion ist berechtigt im Präsidium vertreten zu sein.“

Beschlüsse des Hauptausschussesa) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Landtag wählt in der ersten Sitzung aus seiner Mitte eine Präsidentin oder einen Präsidenten und mindestens eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Sodann wählt er aus seiner Mitte die weiteren Mitglieder des Präsidiums. Eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident soll einer Oppositionsfraktion angehören. Jede Fraktion ist berechtigt, im Präsidium vertreten zu sein.“

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Jedes Mitglied des Präsidiums kann durch Beschluss des Landtages abgewählt werden.“

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages vertritt den Landtag nach außen, ernennt und entlässt die Beschäftigten des Landtages, übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Landtagsgebäude aus und verfügt über die Einnahmen und Ausgaben des Landtages nach Maßgabe des Haushaltsplanes. Eine Durchsuchung oder Beschlagnahme in den Räumen des Landtages darf nur mit Einwilligung der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages vorgenommen werden.“

51. In Artikel 70 Absatz 2 Satz 2 und 3 wird jeweils das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt.

52. Artikel 71 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

Entwurf

Beschlüsse des Hauptausschusses

„Artikel 71(Petitionsausschuss)“.

b) In Absatz 1 wird das Wort „Petitionsausschuß“ durch das Wort „Petitionsausschuss“ ersetzt.

c) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt.

53. In Artikel 72 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Antragsteller“ durch die Wörter „antragstellenden Abgeordneten“ ersetzt.

54. Artikel 74 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Zur Wahrung des Grundrechts auf Datenschutz nach Artikel 11 wählt der Landtag ohne Aussprache eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für Datenschutz. Vor der Wahl findet eine Anhörung in einem vom Landtag bestimmten Ausschuss statt. Die Ernennung und die Dienstaufsicht obliegen der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages. Die oder der Landesbeauftragte ist in Ausübung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen und kann sich jederzeit an den Landtag wenden. Alle Behörden und Verwaltungseinrichtungen des Landes und der Kommunen sind verpflichtet, auf Verlangen Akten und sonstige amtliche Unterlagen vorzulegen und herauszugeben, Auskunft auch aus Dateien zu erteilen sowie Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren.“

55. Artikel 76 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

„(1) Alle Einwohnerinnen und Einwohner haben das Recht, dem Landtag im Rahmen seiner Zuständigkeit bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zu unterbreiten. Diese Volksinitiative kann auch Gesetzentwürfe und Anträge auf Auflösung des Landtages einbringen. Die Initiative muss von mindestens zwanzigtausend Einwohnerinnen und Einwohnern, bei Anträgen auf Auflösung des Landtages von mindestens einhundertfünfzigtausend Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben das Recht auf Anhörung.“

56. In Artikel 77 Absatz 1 wird das Wort „Vertreter“ durch die Wörter „Vertreterinnen und Vertreter“ ersetzt.

57. In Artikel 78 Absatz 1 Satz 4 werden die Wörter „Der Landtagspräsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages“ ersetzt.

58. Artikel 80 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „Erlaß“ durch das Wort „Erlass“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

c) In Satz 4 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

59. Artikel 81 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „Der Landtagspräsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird das Wort „erläßt“ durch das Wort „erlässt“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

60. Die Artikel 82 bis 85 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 82**(Zusammensetzung)**

Mitglieder der Landesregierung sind die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister.

Artikel 83**(Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten)**

(1) Der Landtag wählt die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vorschlagsberechtigt ist jedes Mitglied des Landtages.

(2) Erhält im ersten Wahlgang keine der vorgeschlagenen Personen die Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch in diesem Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

(3) Kommt die Wahl innerhalb von drei Monaten nach der Konstituierung des Landtages nicht zustande, so gilt der Landtag als aufgelöst.

Artikel 84**(Ernennung und Entlassung der Ministerinnen und Minister)**

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident ernennt und entlässt die Ministerinnen und Minister.

Artikel 85**(Beendigung der Amtszeit)**

(1) Die Amtszeit der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages, die Amtszeit der anderen Mitglieder der Landesregierung auch mit jeder anderen Art der Beendigung des Amtes der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten. Die Mitglieder der Landesregierung können jederzeit ihren Rücktritt erklären.

(2) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident und auf ihr oder sein Ersuchen die anderen Mitglieder der Landesregierung sind verpflichtet, die Geschäfte bis zum Amtsantritt einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers fortzuführen.“

61. Artikel 86 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Artikel 86**(Konstruktives Misstrauensvotum)“.**

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Landtag kann der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder eine andere Person in das Amt wählt.“

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

62. Die Artikel 87 bis 88 werden wie folgt gefasst:

Artikel 87**(Vertrauensfrage)**

Findet ein Antrag der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten an den Landtag, ihr oder ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Landtages, so kann sich der Landtag innerhalb von zwanzig Tagen auflösen, wenn er nicht in dieser Frist mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder eine andere Person in das Amt gewählt hat. Macht der Landtag von diesen Befugnissen keinen Gebrauch, so hat die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident das Recht, den Landtag innerhalb weiterer zwanzig Tage aufzulösen.

Artikel 88**(Eid)**

Die Mitglieder der Landesregierung leisten vor Übernahme der Geschäfte vor dem Landtag folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg widmen, ihren Nutzen mehren, Schaden von ihnen wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jeder und jedem üben werde.“

Der Eid kann auch mit einer religiösen Beteuerung geleistet werden.

63. Artikel 89 wird wie folgt geändert:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident“ durch die Wörter „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter „jeder Minister“ durch die Wörter „jedes Mitglied der Landesregierung“ ersetzt.

64. Artikel 90 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 90

(Vorsitz, Beschlussfassung, Geschäftsführung)

(1) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident führt den Vorsitz in der Landesregierung. Die Landesregierung fasst ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten.

(2) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident leitet die Geschäfte nach einer von der Landesregierung beschlossenen Geschäftsordnung.

65. Artikel 91 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident“ durch die Wörter „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Wörter „Sie oder er“ ersetzt.

66. Artikel 92 wird wie folgt geändert:

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident“ durch die Wörter „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Wörter „Sie oder er“ ersetzt.

67. Artikel 93 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 93

(Beamtinnen und Beamte)

Die Landesregierung ernennt und entlässt die Beamtinnen und Beamten des Landes. Sie kann die Befugnis übertragen.“

68. Die Überschrift des Artikels 94 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 94

(Unterrichtungspflicht der Landesregierung)“.

69. Artikel 95 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident und die Minister“ durch die Wörter „Die Mitglieder der Landesregierung“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

70. In Artikel 96 Absatz 3 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Beamte“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamte“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

71. In Artikel 98 Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

72. In Artikel 99 Satz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

73. In Artikel 100 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

74. In Artikel 101 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

75. In Artikel 102 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „Schluß“ durch das Wort „Schluss“ ersetzt.

76. Artikel 105 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des für Finanzen zuständigen Mitgliedes der Landesregierung. Die Zustimmung darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.“

77. Artikel 106 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „der Minister der Finanzen“ durch die Wörter „das für Finanzen zuständige Mitglied der Landesregierung“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

78. In Artikel 107 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt.

79. In Artikel 108 Absatz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Richter“ durch die Wörter „Richterinnen und Richter“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

80. Die Artikel 109 bis 110 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 109**(Berufung der Richterinnen und Richter)**

(1) Über die Berufung in ein Richteramt entscheidet das zuständige Mitglied der Landesregierung gemeinsam mit dem Richterwahlausschuss. Der Richterwahlausschuss besteht mindestens zu zwei Dritteln aus Abgeordneten. In ihm müssen alle Fraktionen vertreten sein. Den Vorsitz führt das zuständige Mitglied der Landesregierung ohne Stimmrecht. Das Nähere regelt ein Gesetz.

(2) Die Präsidentinnen und Präsidenten der oberen Landesgerichte werden vom Richterwahlausschuss auf Vorschlag der Landesregierung gewählt.

(3) Die nach Absatz 1 und 2 berufenen oder gewählten Richterinnen und Richter sind von der Landesregierung zu ernennen. Sie kann diese Befugnis auf das zuständige Mitglied der Landesregierung übertragen.

(4) Errichtet das Land mit anderen Ländern gemeinsame Gerichte, kann durch Staatsvertrag Abweichendes bestimmt werden.

Artikel 110**(Ehrenamtliche Richterinnen und Richter)**

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

(1) Den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern dürfen durch ihre Tätigkeit keine Nachteile entstehen. Während ihrer Amtszeit ist eine Kündigung oder Entlassung nur zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, die die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber oder Dienstherrn zur fristlosen Kündigung berechtigen.

(2) Ehrenamtliche Richterinnen und Richter können eine Vertretung an den Gerichten wählen, die ihre Interessen wahrnimmt, und haben in ihrer Funktion einen Anspruch auf Weiterbildung.“

81. In Artikel 111 Satz 1 werden die Wörter „ein Richter“ durch die Wörter „eine Richterin oder ein Richter“ und die Wörter „daß der Richter“ durch die Wörter „dass die Richterin oder der Richter“ ersetzt.

82. Artikel 112 Absatz 2 bis 6 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Verfassungsgericht besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten und sieben weiteren Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern. Das Verfassungsgericht setzt sich zu je einem Drittel aus Berufsrichterinnen und Berufsrichtern, Mitgliedern mit der Befähigung zum Amt der Richterin oder des Richters oder Diplomjuristinnen und Diplomjuristen sowie Mitgliedern zusammen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen müssen.

(3) Durch Gesetz kann die Zahl der Richterinnen und Richter auf zwölf erhöht und das Gericht in zwei Spruchkörper gegliedert werden.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

(4) Die Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter werden für die Dauer von zehn Jahren vom Landtag ohne Aussprache gewählt. Bei der Wahl ist anzustreben, dass die politischen Kräfte des Landes angemessen mit Vorschlägen vertreten sind. Die Wiederwahl ist ausgeschlossen. Vor der Wahl findet eine Anhörung in einem vom Landtag bestimmten Ausschuss statt. Gewählt sind die Personen, die in geheimer Abstimmung die Stimmen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erhalten haben.

(5) Gewählt werden kann, wer mindestens fünfunddreißig Jahre alt und zum Deutschen Bundestag wählbar ist. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtes dürfen keinem anderen Verfassungsorgan des Bundes oder eines Landes angehören.

(6) Das Nähere regelt ein Gesetz, das auch eine Höchstaltersgrenze vorsehen kann.“

83. In Artikel 113 Nummer 1 wird das Wort „Anlaß“ durch das Wort „Anlass“ und das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

84. Die Überschrift des Abschnitts 7 im dritten Hauptteil wird wie folgt gefasst:

„7. Abschnitt:

Übergangs- und Schlussbestimmungen“.

85. Artikel 114 wird aufgehoben.

86. In Artikel 115 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Bürger“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

Entwurf**Beschlüsse des Hauptausschusses**

87. In Artikel 116 Absatz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

Artikel 2**Artikel 2****Inkrafttreten****u n v e r ä n d e r t**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

der Fraktion DIE LINKE

zu:

Achtes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg, Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/3680

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt geändert:

1. Der Nummer 1 wird folgende Nummer 1 vorangestellt:

„1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zum 4. Abschnitt im zweiten Hauptteil wird wie folgt gefasst:

„4. Abschnitt: Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen“.

b) Die Angabe zu Artikel 25 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 25 Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen“.

c) Die Angabe zu Artikel 65 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 65 Beschlussfassung“.

d) Die Angabe zu Artikel 71 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 71 Petitionsausschuss“.

e) Die Angaben zu den Artikeln 83 und 84 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 83 Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten

Artikel 84 Ernennung und Entlassung der Ministerinnen und Minister“.

f) Die Angabe zu Artikel 86 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 86 Konstruktives Misstrauensvotum“.

g) Die Angabe zu Artikel 90 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 90 Vorsitz, Beschlussfassung, Geschäftsführung“.

h) Die Angaben zu den Artikeln 93 und 94 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 93 Beamtinnen und Beamten

Artikel 94 Unterrichtungspflicht der Landesregierung“.

i) Die Angaben zu den Artikeln 109 und 110 werden wie folgt gefasst:

„Artikel 109 Berufung der Richterinnen und Richter

Artikel 110 Ehrenamtliche Richterinnen und Richter“.

j) Die Angabe zu Artikel 114 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 114 (weggefallen)“.

2. Die bisherige Nummer 1 wird Nummer 2 und wie folgt gefasst:

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern anstrebt und hierbei insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland Polen pflegt und weiterentwickelt.“

b) In Absatz 4 Satz 3 wird das Wort „Richtern“ durch die Wörter „Richterinnen und Richtern“ ersetzt.“

3. Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

4. Nach der neuen Nummer 3 werden folgende Nummern 4 und 5 eingefügt:

4. Artikel 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Rechtsweg steht allen offen, die durch die öffentliche Gewalt in ihren Rechten verletzt werden.“

- b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 werden die Wörter „einem anderen“ durch das Wort „anderen“ und die Wörter „dem anderen“ durch die Wörter „den anderen“ ersetzt.

5. Artikel 7 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Alle Menschen schulden einander die Anerkennung ihrer Würde.“

5. Die bisherige Nummer 3 wird durch die folgenden Nummern 6 bis 48 ersetzt:

,6. Artikel 7a wird wie folgt gefasst:

„Artikel 7a (Schutz des friedlichen Zusammenlebens)

(1) Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt Antisemitismus, Antiziganismus sowie der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.

(2) Das Land fördert das jüdische Leben und die jüdische Kultur.“

7. Artikel 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jeder Mensch“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden das Wort „Niemand“ durch die Wörter „Kein Mensch“ ersetzt und das Wort „seine“ gestrichen.

8. Artikel 9 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „der Richter“ durch die Wörter „eine Richterin oder ein Richter“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden das Wort „dem“ vor dem Wort „Betroffenen“ gestrichen und das Wort „seiner“ durch das Wort „eigener“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 wird das Wort „mißhandelt“ durch das Wort „misshandelt“ ersetzt.

9. Artikel 10 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 10 (Freie Entfaltung der Persönlichkeit)

Jede Person hat das Recht auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die Verfassung und die ihr entsprechenden Gesetze verstößt.“

10. Artikel 11 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Jede Person hat das Recht, über die Preisgabe und Verwendung ihrer persönlichen Daten selbst zu bestimmen, auf Auskunft über die Speicherung ihrer persönlichen Daten und auf Einsicht in Akten und sonstige amtliche Unterlagen, soweit sie die eigene Person betreffen und Rechte Dritter nicht entgegenstehen. Personenbezogene Daten dürfen nur mit freiwilliger und ausdrücklicher Zustimmung der Berechtigten erhoben, gespeichert, verarbeitet, weitergegeben oder sonst verwendet werden.“

b) In Absatz 2 Satz 2 werden das Wort „dem“ durch das Wort „den“ und das Wort „zuläßt“ durch das Wort „zulässt“ ersetzt.

11. Artikel 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden das Wort „seine“ gestrichen und das Wort „Überzeugung“ durch das Wort „Überzeugungen“ ersetzt.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Kann eine Bürgerin oder ein Bürger staatsbürgerliche Pflichten aus Gewissensgründen nicht erfüllen, soll das Land im Rahmen des Möglichen andere, gleichbelastende Pflichten eröffnen. Dies gilt nicht für Abgaben.“

12. Artikel 15 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Wörter „den Richter“ durch die Wörter „die Richterinnen oder den Richter“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird das Wort „übrigen“ durch das Wort „Übrigen“ ersetzt.

13. In Artikel 16 Absatz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

14. In Artikel 18 Absatz 2 wird das Wort „Ausländer“ durch die Wörter „Ausländerinnen und Ausländer“ ersetzt.

15. Artikel 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

16. Artikel 21 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „Jeder hat“ durch die Wörter „Alle Menschen haben“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.
- c) In Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „seinen“ durch das Wort „eigenen“ ersetzt.

17. Artikel 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Jede Bürgerin und jeder Bürger hat nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres das Recht, zum Landtag und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften zu wählen, und nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres das Recht, in diese gewählt zu werden. Anderen Einwohnerinnen und Einwohnern Brandenburgs sind diese Rechte zu gewähren, sobald und soweit das Grundgesetz dies zulässt.“

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Jede Bürgerin und jeder Bürger hat mit Vollendung des sechzehnten Lebensjahres das Recht, sich an Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden sowie an Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu beteiligen. Andere Einwohnerinnen und Einwohner haben das Recht, sich an Volksinitiativen und Einwohneranträgen zu beteiligen; das Recht, sich an Volksbegehren und Volksentscheiden sowie an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu beteiligen, ist ihnen zu gewähren, sobald und soweit das Grundgesetz dies zulässt.“

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „Bürger“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

bb) In Satz 5 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „seiner“ durch das Wort „der“ ersetzt.

bb) In Satz 3 werden die Wörter „den Arbeitgeber“ durch die Wörter „die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber“ ersetzt.

e) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Das Nähere regelt ein Gesetz. Das Gesetz kann insbesondere vorsehen, dass die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Rechte nur innehat, wer bereits für eine bestimmte Dauer Bürgerin oder Bürger oder Einwohnerin oder Einwohner im Wahl- oder Abstimmungsgebiet ist. Das Gesetz kann auch vorsehen, dass Beamtinnen und Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Richterinnen und Richter nicht zugleich Mitglied im Landtag oder in kommunalen Vertretungskörperschaften sein können.“

18. In Artikel 24 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.
19. Abschnitt 4 im zweiten Hauptteil wird wie folgt gefasst:

„4. Abschnitt:

Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen

Artikel 25

(Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen)

(1) Das Recht des sorbischen/wendischen Volkes auf Schutz, Erhaltung und Pflege seiner nationalen Identität und seines angestammten Siedlungsgebietes wird gewährleistet. Das Land, die Gemeinden und Gemeindeverbände fördern die Verwirklichung dieses Rechtes, insbesondere die kulturelle Eigenständigkeit und die wirksame politische Mitgestaltung des sorbischen/wendischen Volkes.

(2) Das Land wirkt auf die Sicherung einer Landesgrenzen übergreifenden kulturellen Autonomie des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen hin.

(3) Das Recht auf Bewahrung und Förderung der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur im öffentlichen Leben und ihre Vermittlung in Schulen und Kindertagesstätten wird gewährleistet.

(4) Im angestammten Siedlungsgebiet des sorbischen/wendischen Volkes ist die sorbische/wendische Sprache in die öffentliche Beschriftung einzubeziehen. Die sorbische/wendische Fahne hat die Farben Blau, Rot, Weiß.

(5) Die Ausgestaltung der Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen regelt ein Gesetz. Dies hat sicherzustellen, dass in Angelegenheiten, die Belange des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen betreffen, insbesondere bei der Gesetzgebung, deren Vertreterinnen und Vertreter mitwirken.“

20. In Artikel 27 Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „Mißhandlung“ durch das Wort „Misshandlung“ ersetzt.

21. In Artikel 29 Absatz 1 und 3 Satz 1 wird jeweils das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jeder Mensch“ ersetzt.
22. Artikel 30 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Lehrer und“ durch die Wörter „Lehrkräfte, Schülerinnen und“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Neigungen“ die Wörter „der Schülerin oder“ eingefügt.
 - d) In Absatz 6 Satz 2 wird das Wort „Finanzierungszuschuß“ durch das Wort „Finanzierungszuschuss“ ersetzt.
23. Artikel 32 Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Zugang zum Hochschulstudium steht allen offen, die die Hochschulreife besitzen.“
24. In Artikel 33 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.
25. Artikel 34 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Künstler“ durch die Wörter „Künstlerinnen und Künstler“ ersetzt.
 - b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Land schützt und fördert die Pflege der niederdeutschen Sprache.“
26. Artikel 35 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Sie soll die besonderen Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.“
27. Artikel 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ und das Wort „seiner“ durch das Wort „ihrer“ ersetzt.
 - b) In Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.
 - c) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 2. Halbsatz werden die Wörter „Eigentümer und Betreiber“ durch die Wörter „Eigentümerinnen und Eigentümer und Betreiberinnen und Betreiber“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.
 - d) In Absatz 9 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.
28. In Artikel 40 Absatz 5 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.
29. In Artikel 41 Absatz 3 wird das Wort „Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.
30. Artikel 42 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ und das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Mißbrauch“ durch das Wort „Missbrauch“ ersetzt.
31. In Artikel 43 Absatz 1 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.
32. In Artikel 45 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Bewohnern“ durch die Wörter „Bewohnerinnen und Bewohnern“ ersetzt.
33. Artikel 48 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „jedes einzelnen umfaßt, seinen“ durch die Wörter „jeder einzelnen Person umfasst, den eigenen“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 wird das Wort „Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.
34. In Artikel 49 Absatz 1 Satz 1 werden das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ und das Wort „seinen“ durch das Wort „ihren“ ersetzt.
35. Artikel 51 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden das Wort „jeden“ durch die Wörter „alle Personen“ ersetzt und die Wörter „für alle“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 werden das Wort „umfaßt“ durch das Wort „umfasst“ und das Wort „Abschluß“ durch das Wort „Abschluss“ ersetzt.

36. Artikel 52 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Keine Person darf ihrer gesetzlichen Richterin oder ihrem gesetzlichen Richter entzogen werden.“

b) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Jeder“ durch die Wörter „Jede Person“ ersetzt.

c) In Absatz 5 wird das Wort „Niemand“ durch die Wörter „Kein Mensch“ ersetzt.

37. Artikel 53 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Jede wegen einer Straftat beschuldigte oder angeklagte Person ist so lange als unschuldig anzusehen, bis sie rechtskräftig verurteilt ist.“

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Eine beschuldigte Person kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes einer Verteidigerin oder eines Verteidigers bedienen.“

38. Artikel 54 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 2. Halbsatz werden das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ und die Wörter „den Strafgefangenen“ durch die Wörter „die Strafgefangenen“ ersetzt.

b) In Absatz 2 werden die Wörter „Der entlassene Strafgefangene hat“ durch die Wörter „Entlassene Strafgefangene haben“ und die Wörter „zu seiner Wiedereingliederung“ durch die Wörter „zur Wiedereingliederung“ ersetzt.

39. In Artikel 55 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „zustehenden“ durch das Wort „zustehende“ ersetzt.

40. Artikel 56 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Abgeordneten sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter darf nicht gezwungen werden, gegen das eigene Gewissen oder die eigene Überzeugung zu handeln.“

b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

- c) In Absatz 4 Satz 2 wird das Wort „Abgeordneten“ durch die Wörter „Mitglied des Landtages“ ersetzt.
41. Artikel 57 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
- „Abgeordnete dürfen zu keiner Zeit wegen einer Abstimmung oder Äußerung im Landtag, in einem seiner Ausschüsse oder in einer Fraktion gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Landtages zur Verantwortung gezogen werden.“
42. In Artikel 58 werden die Wörter „einen Abgeordneten“ durch die Wörter „ein Mitglied des Landtages“ ersetzt.
43. Artikel 61 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Ein Mitglied des Landtages, das in gewinnsüchtiger Weise seinen Einfluss oder sein Wissen als Mitglied des Landtages in einer das Ansehen des Landtages gröblich gefährdenden Weise missbraucht, kann vor dem Verfassungsgericht unter Anklage gestellt werden.“
- b) In Absatz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.
44. Artikel 62 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „Der Landtagspräsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „Beschluß“ durch das Wort „Beschluss“ ersetzt.
45. In Artikel 63 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Abgeordneter“ durch die Wörter „Mitglied des Landtages“ ersetzt.
46. Artikel 64 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages kann den Landtag jederzeit einberufen und muss ihn unverzüglich einberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Landtages oder die Landesregierung dies verlangen.“
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „Mitglieder“ die Wörter „des Landtages“ eingefügt.

bb) In Satz 4 wird das Wort „Ausschluß“ durch das Wort „Ausschluss“ ersetzt.

47. Artikel 65 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 65
(Beschlussfassung)“.**

b) In Satz 1 wird das Wort „faßt“ durch das Wort „fasst“ ersetzt.

48. In Artikel 66 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

6. Die bisherige Nummer 4 wird die Nummer 49.

7. Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 50 und wie folgt gefasst:

50. Artikel 69 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Landtag wählt in der ersten Sitzung aus seiner Mitte eine Präsidentin oder einen Präsidenten und mindestens eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Sodann wählt er aus seiner Mitte die weiteren Mitglieder des Präsidiums. Eine Vizepräsidentin oder ein Vizepräsident soll einer Oppositionsfraktion angehören. Jede Fraktion ist berechtigt, im Präsidium vertreten zu sein.“

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Jedes Mitglied des Präsidiums kann durch Beschluss des Landtages abgewählt werden.“

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages vertritt den Landtag nach außen, ernennt und entlässt die Beschäftigten des Landtages, übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Landtagsgebäude aus und verfügt über die Einnahmen und Ausgaben des Landtages nach Maßgabe des Haushaltsplanes. Eine Durchsuchung oder Beschlagnahme in den Räumen des Landtages darf nur mit Einwilligung der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages vorgenommen werden.“

8. Folgende Nummern 51 bis 87 werden angefügt:

51. In Artikel 70 Absatz 2 Satz 2 und 3 wird jeweils das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt.
52. Artikel 71 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „Artikel 71
(Petitionsausschuss)“.**
- b) In Absatz 1 wird das Wort „Petitionsausschuß“ durch das Wort „Petitionsausschuss“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt.
53. In Artikel 72 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Antragsteller“ durch die Wörter „antragstellenden Abgeordneten“ ersetzt.
54. Artikel 74 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Zur Wahrung des Grundrechts auf Datenschutz nach Artikel 11 wählt der Landtag ohne Aussprache eine Landesbeauftragte oder einen Landesbeauftragten für Datenschutz. Vor der Wahl findet eine Anhörung in einem vom Landtag bestimmten Ausschuss statt. Die Ernennung und die Dienstaufsicht obliegen der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages. Die oder der Landesbeauftragte ist in Ausübung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen und kann sich jederzeit an den Landtag wenden. Alle Behörden und Verwaltungseinrichtungen des Landes und der Kommunen sind verpflichtet, auf Verlangen Akten und sonstige amtliche Unterlagen vorzulegen und herauszugeben, Auskunft auch aus Dateien zu erteilen sowie Zutritt zu allen Diensträumen zu gewähren.“
55. Artikel 76 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Alle Einwohnerinnen und Einwohner haben das Recht, dem Landtag im Rahmen seiner Zuständigkeit bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zu unterbreiten. Diese Volksinitiative kann auch Gesetzentwürfe und Anträge auf Auflösung des Landtages einbringen. Die Initiative muss von mindestens zwanzigtausend Einwohnerinnen und Einwohnern, bei Anträgen auf Auflösung des Landtages von mindestens einhundertfünfzigtausend Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben das Recht auf Anhörung.“
56. In Artikel 77 Absatz 1 wird das Wort „Vertreter“ durch die Wörter „Vertreterinnen und Vertreter“ ersetzt.
57. In Artikel 78 Absatz 1 Satz 4 werden die Wörter „Der Landtagspräsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages“ ersetzt.

58. Artikel 80 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort „Erlaß“ durch das Wort „Erlass“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.
- c) In Satz 4 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

59. Artikel 81 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Der Landtagspräsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird das Wort „erläßt“ durch das Wort „erlässt“ ersetzt.

60. Die Artikel 82 bis 85 werden wie folgt gefasst:

**„Artikel 82
(Zusammensetzung)**

Mitglieder der Landesregierung sind die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister.

**Artikel 83
(Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten)**

(1) Der Landtag wählt die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vorschlagsberechtigt ist jedes Mitglied des Landtages.

(2) Erhält im ersten Wahlgang keine der vorgeschlagenen Personen die Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch in diesem Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

(3) Kommt die Wahl innerhalb von drei Monaten nach der Konstituierung des Landtages nicht zustande, so gilt der Landtag als aufgelöst.

**Artikel 84
(Ernennung und Entlassung der Ministerinnen und Minister)**

Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident ernennt und entlässt die Ministerinnen und Minister.“

**Artikel 85
(Beendigung der Amtszeit)**

(1) Die Amtszeit der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages, die Amtszeit der anderen Mitglieder der Landesregierung auch mit jeder anderen Art der Beendigung des Amtes der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten. Die Mitglieder der Landesregierung können jederzeit ihren Rücktritt erklären.

(2) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident und auf ihr oder sein Ersuchen die anderen Mitglieder der Landesregierung sind verpflichtet, die Geschäfte bis zum Amtsantritt einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers fortzuführen.“

61. Artikel 86 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 86
(Konstruktives Misstrauensvotum)“.**

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Landtag kann der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder eine andere Person in das Amt wählt.“

62. Die Artikel 87 bis 88 werden wie folgt gefasst:

**„Artikel 87
(Vertrauensfrage)“**

Findet ein Antrag der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten an den Landtag, ihr oder ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Landtages, so kann sich der Landtag innerhalb von zwanzig Tagen auflösen, wenn er nicht in dieser Frist mit den Stimmen der Mehrheit seiner Mitglieder eine andere Person in das Amt gewählt hat. Macht der Landtag von diesen Befugnissen keinen Gebrauch, so hat die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident das Recht, den Landtag innerhalb weiterer zwanzig Tage aufzulösen.

**Artikel 88
(Eid)**

Die Mitglieder der Landesregierung leisten vor Übernahme der Geschäfte vor dem Landtag folgenden Eid:

"Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg widmen, ihren Nutzen mehren, Schaden von ihnen wenden,

das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jeder und jedem üben werde."

Der Eid kann auch mit einer religiösen Beteuerung geleistet werden. '

63. Artikel 89 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident“ durch die Wörter „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter „jeder Minister“ durch die Wörter „jedes Mitglied der Landesregierung“ ersetzt.

64. Artikel 90 wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 90
(Vorsitz, Beschlussfassung, Geschäftsführung)**

(1) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident führt den Vorsitz in der Landesregierung. Die Landesregierung fasst ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten.

(2) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident leitet die Geschäfte nach einer von der Landesregierung beschlossenen Geschäftsordnung.“

65. Artikel 91 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident“ durch die Wörter „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Wörter „Sie oder er“ ersetzt.

66. Artikel 92 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident“ durch die Wörter „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Wörter „Sie oder er“ ersetzt.

67. Artikel 93 wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 93
(Beamtinnen und Beamte)**

Die Landesregierung ernennt und entlässt die Beamtinnen und Beamten des Landes. Sie kann diese Befugnis übertragen.“

68. Die Überschrift des Artikels 94 wird wie folgt gefasst:

**„Artikel 94
(Unterrichtungspflicht der Landesregierung)“.**

69. Artikel 95 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Ministerpräsident und die Minister“ durch die Wörter „Die Mitglieder der Landesregierung“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

70. In Artikel 96 Absatz 3 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Beamte“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamte“ ersetzt.

71. In Artikel 98 Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „muß“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

72. In Artikel 99 Satz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

73. In Artikel 100 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

74. In Artikel 101 Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

75. In Artikel 102 wird in dem Satzteil vor Nummer 1 das Wort „Schluß“ durch das Wort „Schluss“ ersetzt.

76. Artikel 105 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Zustimmung des für Finanzen zuständigen Mitgliedes der Landesregierung. Die Zustimmung darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.“

77. Artikel 106 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „der Minister der Finanzen“ durch die Wörter „das für Finanzen zuständige Mitglied der Landesregierung“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

78. In Artikel 107 Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Ausschuß“ durch das Wort „Ausschuss“ ersetzt.

79. In Artikel 108 Absatz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Richter“ durch die Wörter „Richterinnen und Richter“ ersetzt.
80. Die Artikel 109 bis 110 werden wie folgt gefasst:

**„Artikel 109
(Berufung der Richterinnen und Richter)**

- (1) Über die Berufung in ein Richteramt entscheidet das zuständige Mitglied der Landesregierung gemeinsam mit dem Richterwahlausschuss. Der Richterwahlausschuss besteht mindestens zu zwei Dritteln aus Abgeordneten. In ihm müssen alle Fraktionen vertreten sein. Den Vorsitz führt das zuständige Mitglied der Landesregierung ohne Stimmrecht. Das Nähere regelt ein Gesetz.
- (2) Die Präsidentinnen und Präsidenten der oberen Landesgerichte werden vom Richterwahlausschuss auf Vorschlag der Landesregierung gewählt.
- (3) Die nach Absatz 1 und 2 berufenen oder gewählten Richterinnen und Richter sind von der Landesregierung zu ernennen. Sie kann diese Befugnis auf das zuständige Mitglied der Landesregierung übertragen.
- (4) Errichtet das Land mit anderen Ländern gemeinsame Gerichte, kann durch Staatsvertrag Abweichendes bestimmt werden.

**Artikel 110
(Ehrenamtliche Richterinnen und Richter)**

- (1) Den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern dürfen durch ihre Tätigkeit keine Nachteile entstehen. Während ihrer Amtszeit ist eine Kündigung oder Entlassung nur zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, die die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber oder Dienstherrn zur fristlosen Kündigung berechtigen.
- (2) Ehrenamtliche Richterinnen und Richter können eine Vertretung an den Gerichten wählen, die ihre Interessen wahrnimmt, und haben in ihrer Funktion einen Anspruch auf Weiterbildung.“
81. In Artikel 111 Satz 1 werden die Wörter „ein Richter“ durch die Wörter „eine Richterin oder ein Richter“ und die Wörter „daß der Richter“ durch die Wörter „dass die Richterin oder der Richter“ ersetzt.
82. Artikel 112 Absatz 2 bis 6 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Das Verfassungsgericht besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten und sieben weiteren Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern. Das Verfassungsgericht setzt sich zu je einem Drittel aus Berufsrichterinnen und Berufsrichtern, Mitgliedern

mit der Befähigung zum Amt der Richterin oder des Richters oder Diplomjuristinnen und Diplomjuristen sowie Mitgliedern zusammen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen müssen.

(3) Durch Gesetz kann die Zahl der Richterinnen und Richter auf zwölf erhöht und das Gericht in zwei Spruchkörper gegliedert werden.

(4) Die Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter werden für die Dauer von zehn Jahren vom Landtag ohne Aussprache gewählt. Bei der Wahl ist anzustreben, dass die politischen Kräfte des Landes angemessen mit Vorschlägen vertreten sind. Die Wiederwahl ist ausgeschlossen. Vor der Wahl findet eine Anhörung in einem vom Landtag bestimmten Ausschuss statt. Gewählt sind die Personen, die in geheimer Abstimmung die Stimmen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erhalten haben.

(5) Gewählt werden kann, wer mindestens fünfunddreißig Jahre alt und zum Deutschen Bundestag wählbar ist. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtes dürfen keinem anderen Verfassungsorgan des Bundes oder eines Landes angehören.

(6) Das Nähere regelt ein Gesetz, das auch eine Höchstaltersgrenze vorsehen kann.“

83. In Artikel 113 Nummer 1 wird das Wort „Anlaß“ durch das Wort „Anlass“ und das Wort „Regierung“ durch das Wort „Landesregierung“ ersetzt.

84. Die Überschrift des Abschnitts 7 im dritten Hauptteil wird wie folgt gefasst:

**„7. Abschnitt:
Übergangs- und Schlussbestimmungen“.**

85. Artikel 114 wird aufgehoben.

86. In Artikel 115 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Bürger“ durch die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt.

87. In Artikel 116 Absatz 2 wird das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die redaktionellen Anpassungen des Verfassungstextes zur besseren sprachlichen Repräsentanz der Bevölkerung sind mit einer Vielzahl von Änderungen verbunden. Diese Änderungen sind aber in der Sache durch den gemeinsamen Nenner gekennzeichnet: das generische Maskulinum, welches den bisherigen Text prägte, durch inklusivere Formulierungen zu ersetzen.

Im bisherigen Text wurde nur in der Präambel die weibliche und die männliche Form verwandt. Im Gesetzentwurf der einbringenden Fraktionen ist diese Form der Doppelnennung bereits exemplarisch auf den Artikel 3 angewandt worden. Diese Form kommt im neuen, geänderten Text der Landesverfassung künftig an vielen Stellen zum Tragen, wo bisher nur die männliche Form wie Bürger, Richter oder Künstler aufgeführt wurde.

Eine weitere Form der sprachlich-redaktionellen Anpassung ist die Ersetzung des Pronomens „jeder“ durch die Formulierung „jede Person“ oder „jeder Mensch“, jeweils unter dem Gesichtspunkt der Lesbarkeit des Textes.

Bei den im Text verwendeten Artikeln, Possessiv-, Relativ- und Demonstrativpronomen konnte durch Streichung, Anpassung an die Bezugsformulierung oder Verwendung des Plurals die bisherige rein männliche Form ersetzt werden, so dass der Anspruch einer inklusiven Formulierung erfüllt werden konnte.

Die konkreten Änderungsbefehle folgen dabei dem Grundsatz, dass der sprachliche Eingriff in den Verfassungstext möglichst gering ausfallen soll. In einigen Fällen werden aber auch einzelne Absätze oder ganze Artikel neu gefasst, um den Mitgliedern des Landtages umfangreichere Änderungen transparent und deutlich zu machen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu 1.

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen in der Inhaltsübersicht der Verfassung, die sich aus den vorgeschlagenen Änderungen des Verfassungstextes ergeben.

Zu 2.

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Nummerierung.

Nummer 2 a)

Die Änderung am Gesetzentwurf greift einen Hinweis aus der Anhörung im Hauptausschuss am 6. Oktober 2021 auf. Hier problematisierte der Anzuhörende Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt die Begriffe Freundschaft und das Ziel, diese zu vertiefen. Demnach bezweifle er, ob diese Formulierung das Verhältnis zwischen Staaten richtig zum Ausdruck bringt (vgl. P-HA 7/28, S. 23). Zudem hinterfragte er, wie man sich eine „stetige Vertiefung“ der Freundschaft praktisch vorstellen muss (vgl. ebd.). In Auswertung der Anhörung soll diesen Hinweisen durch die Neuformulierung des Teilsatzes Rechnung getragen werden.

Nummer 2 b)

Der Artikel 2 Absatz 4 wird an die geschlechtergerechte Sprache angepasst.

Zu 3.

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Nummerierung.

Zu 4.

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Nummerierung. Zudem werden die Artikel 6 und 7 an die geschlechtergerechte Sprache angepasst.

Zu 5.

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Nummerierungen.

Nummer 6

In der Anhörung im Hauptausschuss am 6. Oktober 2021 wurde die Formulierung des Artikels 7a Absatz 2 im Gesetzentwurf von fast allen Anzuhörenden als umständlich betrachtet. Stattdessen wurde empfohlen, auf die Substantivierung „Stärkung“ zu verzichten und schlicht das Verb „fördern“ zu benutzen. Zudem wurde vorgeschlagen, die Begriffe „jüdische Kultur“ zu ergänzen. Diesen Hinweisen soll mit dem vorliegenden Änderungsantragsantrag Rechnung getragen werden.

Die Antragssteller machen sich im Zusammenhang mit der Änderung des Artikel 7a die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance zu eigen: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Weiterhin wird Artikel 7a im Ergebnis eines intensiven Austausches mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. um eine Formulierung zum Antiziganismus ergänzt. Mit der expliziten Erwähnung in Artikel 7a wird der historischen Verantwortung und der weiterhin bestehenden Notwendigkeit des Engagements in diesem Handlungsfeld in der Landesverfassung Rechnung getragen.

Nummer 7 bis 48

Die Artikel 8 bis 66 werden an die geschlechtergerechte Sprache angepasst. Zudem werden – soweit nötig – Anpassung an die neue deutsche Rechtsschreibung vorgenommen. Die Formulierung in Nummer 19 (Artikel 25) übernimmt die Vorschläge aus der schriftlichen Stellungnahme des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden (vgl. P-HA 7/28, S. 144ff.).

Mit der Ergänzung in Nummer 25 (Artikel 34) um eine Schutz- und Förderklausel zur Pflege der Niederdeutschen Sprache wird das bestehende Engagements des Landes, welches auf der „Vereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen dem Land Brandenburg und der niederdeutschen Sprachgruppe“ fußt, in der Verfassung verankert.

Zu 6.

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Nummerierung.

Zu 7.

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Nummerierungen.

Nummer 50

Die Änderung am Gesetzentwurf greift einen Hinweis aus der Anhörung im Hauptausschuss am 6. Oktober 2021 auf. Der Verfassungsgerichtspräsident a. D. Jes Albert Möller sowie Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt setzten sich kritisch mit der Frage auseinander, ob die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung hinreichend dazu verpflichtet, schnellst möglich die Arbeitsfähigkeit des Landtages herzustellen (vgl. P-HA 7/28, S. 17ff. bzw. S. 23). Mit der vorliegenden Änderung wird der konkrete Formulierungsvorschlag des Anzuhörenden Verfassungsgerichtspräsident a. D. Jes Albert Möller aufgegriffen.

Nummer 51 bis 88

Die Artikel 70 bis 117 werden an die an die geschlechtergerechte Sprache angepasst. Zudem werden – soweit nötig – Anpassung an die neue deutsche Rechtsschreibung vorgenommen.

Nummer 85

Mit der Änderung am Gesetzentwurf soll Artikel 114 (Errichtung des Verfassungsgerichtes) aufgehoben werden. Der Regelungsinhalt von Artikel 114 diene als Übergangsvorschrift bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg vom 13. Juli 1993.

Änderungsantrag

der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER

im

Hauptausschuss

am 06.10.2021

**zu TOP . Achtes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg,
Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
und der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 7/3680 vom 04.06.2021**

Der Ausschuss möge beschließen:

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Artikel 2 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern anstrebt. Hierbei bekennt es sich zur besonderen Freundschaft mit dem Nachbarn Polen und strebt in einem sich vereinigenden Europa die stetige Vertiefung dieser an.“

2. Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Artikel 7a wird wie folgt gefasst:

„Artikel 7a

(Schutz des friedlichen Zusammenlebens)

(1) Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts sowie Antisemitismus entgegen.

(2) Das Land fördert die Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur.“

Die Kraft der gesunden Mitte

Begründung:

Die Bemühungen zur Förderung eines friedlichen Zusammenlebens erfolgen in mannigfaltiger Form. Hierbei kommt der konsequenten Ablehnung und Bekämpfung fremdenfeindlicher und rassistischer Entwicklungen eine besondere Bedeutung zu. Es ist festzustellen, dass aufgrund des breiten demokratischen Konsenses und der vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten eine breite Akzeptanz hierfür gegeben ist.

Zugleich ist leider festzuhalten, dass die Verbreitung explizit antisemitischen Gedankenguts zugenommen hat. So gab es im letzten Jahr so viele antisemitische Straftaten wie seit 20 Jahren nicht mehr. Auch haben im Zuge der Corona-Pandemie Verschwörungstheorien mit antisemitischem Kerngehalt erheblich an Zulauf gewonnen.

Derartige Tendenzen sind neben ihrer diskriminierenden Wirkung für die Betroffenen zudem geeignet, das friedliche Zusammenleben insgesamt zu beeinträchtigen. Deswegen stellt eine Verankerung der klaren Ablehnung des Antisemitismus eine wichtige Erweiterung der Staatszielbestimmungen dar.

Des Weiteren zeugt das Wachsen jüdischen Lebens in Brandenburg von einer Vielfältigkeit der Religionen und Kulturen, die es zu fördern und von Verfassungen wegen zu schützen gilt. Insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung Deutschlands und als Gliedstaat auch Brandenburgs sowie dem ausdrücklichen Wunsch namhafter Vertreter der jüdischen Gemeinden im Land Rechnung tragend, soll dem Ziel der Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur Verfassungsrang beikommen.

Im Juni 2021 jährt sich die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages zum dreißigsten Mal. In diesem bekennen sich beide Staaten zur Vertiefung der europäischen Einigung und stellen unerschütterliche Grundfeste für ein friedliches und demokratisches Gemeinwesen auf. Das Land Brandenburg hat gerade in diesen Zeiten ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der europäischen Integration. Hierbei kommt dem Ausbau der Partnerschaft mit Polen eine so zentrale Bedeutung zu, dass eine Kodifizierung in den Grundsätzen der Verfassung angezeigt ist.

Die konsequente Ablehnung des Antisemitismus und die Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur werden mittels Erweiterung des Artikels 7a in Staatszielrang gehoben.

Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER



Péter Vida

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Vorsitzenden des
Hauptausschusses
Herrn Eric Stohn

im Hause

Rat für Angelegenheiten der
Sorben/Wenden

Krajny sejm Bramborska
Rada za nastupnosći
Serbow

**Die Vorsitzende
Pśedsedarka**

Datum: 3. Oktober 2021

Stellungnahme des RASW zum Achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg, Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/3680

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen des Rates für die Angelegenheiten der Sorben/Wenden danke ich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg und übersende anbei die Anmerkungen des Rates zur beabsichtigten Anpassung der Verfassung an geschlechtergerechte Sprache. Ich beziehe mich hierbei auf die Ihrem Schreiben vom 22. September 2021 als Anlage 2 beigefügte Synopse.

Der derzeit gültige Verfassungswortlaut differenziert zwischen den Rechtsstellungen der Gesamtheit (z.B. Art. 25 Abs. 1 BbgVerf: „*Das Recht des sorbischen/wendischen Volkes [...]*“) und dem Individuum (z.B. Art. 25 Abs. 3 BbgVerf: „*Die Sorben/Wenden haben das Recht [...]*“). Bei etwaigen Wortlautänderungen sollte daher auch weiterhin auf eine transparente Differenzierung zwischen dem Begriff „*sorbisches/wendisches Volk*“ für die Gesamtheit und einer geeigneten Bezeichnung für das sorbische/wendische Individuum (derzeit „*Sorben/Wenden*“) geachtet werden.

Dem Gebrauch der Formulierung „*sorbisches/wendisches Volk*“ stehen grundsätzlich keine Bedenken gegenüber, zumal diese Formulierung bereits im gültigen Verfassungstext gebraucht wird. Anstelle der Bezeichnung „*Sorben/Wenden*“ innerhalb der Landesverfassung wird aus sorbischer/wendischer Sicht die geschlechtergerechte Formulierung „*Angehörige des sorbischen/wendischen Volkes*“ bevorzugt. Sofern Individuum und Gesamtheit gleichermaßen angesprochen werden, ist die Formulierung „*sorbisches/wendisches Volk und seine Angehörigen*“ vorzuziehen.



Das Land Brandenburg verwendet im *Gesetz über die Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg (SWG)* bereits die geschlechtergerechte Formulierung *„Bürgerinnen und Bürger sorbischer/wendischer Volkszugehörigkeit“* in den §§ 1 Abs. 1 und 4a Abs. 1 SWG. Im Übrigen wird in brandenburgischen Gesetzen und Verordnungen überwiegend die Formulierung *„Sorben/Wenden“* gebraucht (z. B. Rat für die Angelegenheiten der Sorben/Wenden, angestammtes Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden).

Der Formulierung *„sorbisches/wendisches Siedlungsgebiet“* kann nicht zugestimmt werden. Sie lässt nicht mehr hinreichend die historisch gewachsene Beziehung des sorbischen/wendischen Volkes zu seinem angestammten Siedlungsgebiet erkennen. Vorzugswürdig ist hier im Einklang mit § 3 Abs. 1 SWG die Formulierung *„angestammtes Siedlungsgebiet des sorbischen/wendischen Volkes“*.

Hieraus ergeben sich folgende konkrete Änderungsvorschläge:

Die Bezeichnungen zu Abschnitt 4 und Artikel 25 lauten jeweils:

„Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen“

Art. 25 Abs. 1 bleibt unverändert.

In Art. 25 Abs. 2 der ursprünglichen Fassung wird *„der Sorben/Wenden“* ersetzt durch ***„des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen“***.

In Art. 25 Abs. 3 der ursprünglichen Fassung wird *„Die Sorben/Wenden“* ersetzt durch ***„Die Angehörigen des sorbischen/wendischen Volkes“***.

In Art. 25 Abs. 4 der ursprünglichen Fassung wird *„Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden“* ersetzt durch ***„angestammtes Siedlungsgebiet des sorbischen/wendischen Volkes“***.

Für Art. 25 Abs. 5 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

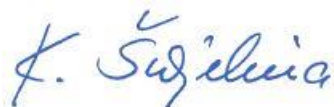
„Die Ausgestaltung der Rechte des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen regelt ein Gesetz. Dies hat sicherzustellen, dass in Angelegenheiten, die Belange des sorbischen/wendischen Volkes und seiner Angehörigen betreffen, insbesondere bei der Gesetzgebung, deren Vertreterinnen und Vertreter mitwirken.“

Wir bitten Sie diese Vorschläge bei Ihrer Beratung zu berücksichtigen und dementsprechend in die beabsichtigte Wortlautänderung einzubeziehen.

Aus minderheitenpolitischer Sicht würde der Rat es sehr begrüßen, wenn auch die Rechte der im Land Brandenburg lebenden Sinti und Roma und die Regionalsprache Niederdeutsch in der Landesverfassung Beachtung finden würden, um damit alle nationalen Minderheiten und die geschützte Regionalsprache in Brandenburg gleichberechtigt zu behandeln.

Sofern das Land ins Auge fasst weitere Gesetzestexte an eine geschlechtergerechte Sprache anzupassen, signalisiert der Rat für die Angelegenheiten der Sorben/Wenden bereits jetzt weiteren Abstimmungsbedarf, hinsichtlich solcher Normen, die die Bezeichnung „*Sorben/Wenden*“ beinhalten. Insoweit wird zu diskutieren sein, wie sich die sperrige Formulierung „*Sorbinnen/Wendinnen und Sorben/Wenden*“ umgehen lässt, ohne dazu überzugehen, vermehrt die Adjektivkonstruktion „*sorbisch/wendisch*“ zu verwenden. So wurde beispielsweise erst mit dem Gesetz zur Änderung von Rechtsvorschriften über die Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg vom 11. Februar 2014 (GVBl. I/14 Nr. 07) die Bezeichnung „*Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten*“ geändert in „*Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden*“.

Mit freundlichen Grüßen
Z pśijaznymi póstrowami



Kathrin Šwjelina
Vorsitzende

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Vorsitzenden des
Hauptausschusses
Herrn Daniel Keller

im Hause

Rat für Angelegenheiten der
Sorben/Wenden

Krajny sejm Bramborska
Rada za nastupnosći Ser-
bow

**Die Vorsitzende
Pśedsedarka**

Datum: 7. Dezember 2021

II. Stellungnahme des RASW und der Domowina zum Achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg, Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/3680

Sehr geehrter Vorsitzender,

zu der am 6. Oktober 2021 vom Hauptausschuss durchgeführten Anhörung zum Achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Gesetzentwurfes der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE (Landtags-Drucksache 7/3680) möchten die Domowina - Bund der Lausitzer Sorben, welche nach § 4a SWG die gesetzlich anerkannte Interessenvertretung des sorbischen/wendischen Volkes ist und der Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden beim Landtag Brandenburg weitere Anmerkungen machen.

Die geplante Novellierung des Artikels 7a der Verfassung des Landes Brandenburg, insbesondere die Einbeziehung einer Aussage gegen Antisemitismus wird von uns begrüßt. Jedoch möchten wir hinsichtlich der Gesetzesnovellierung auch auf die Notwendigkeit einer Aussage zum Antiziganismus verweisen.

Aus unserer Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma, wie auch mit den Landesverbänden der Sinti und Roma, konkret auch mit dem Landesverband Berlin-Brandenburg, wissen wir um die schwierigen Bedingungen, denen sich dieser Teil unserer Gesellschaft gegenüber sieht.



Die Deutschen Sinti und Roma sind fester Bestandteil der deutschen Geschichte. Ihr Schicksal ist, ähnlich wie das der Juden, historisch durch Epochen der Verfolgung und Vernichtung gezeichnet, die bis heute wirken. So haben sie als Teil unserer Gesellschaft immer noch mit fehlender Anerkennung, Vorurteilen und Ablehnung zu kämpfen. Daher sehen wir es als unerlässlich, im Rahmen der Verfassung dazu eine Aussage zu treffen, insbesondere auch, da die Nennung des Antisemitismus unter Nichtbeachtung des Antiziganismus letzteren bagatellisiert - dies völlig zu Unrecht und Ihrerseits sicherlich nicht beabsichtigt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Bemühungen der Bundespolitik, Antiziganismus aktiv zu bekämpfen. Jüngstes Beispiel hierfür sei der unlängst veröffentlichte Koalitionsvertrag zwischen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP:

„Bei der Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind wichtige Schwerpunkte u. a. die Arbeit gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, insbesondere gegen Schwarze Menschen, Muslimfeindlichkeit, Frauenhass und Queerfeindlichkeit sowie Angriffe gegen Geflüchtete und Engagierte.“ (S. 120)

„Zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie wird eine Nationale Koordinierungsstelle gegründet. Zudem richten wir eine unabhängige Monitoring- und Beratungsstelle für antiziganistische Vorfälle ein. Empfehlungen der Expertenkommission Antiziganismus greifen wir auf und setzen eine Antiziganismus-Beauftragte bzw. einen Antiziganismus-Beauftragten ein.“ (S. 120)

Unbenommen der Parteigrenzen sollte dies auch bei der Verfassungsänderung in Brandenburg Beispiel und Maßstab sein.

Aus minderheitenpolitischer Sicht würden es die Domowina und der Rat außerdem sehr begrüßen, wenn die Rechte der im Land Brandenburg lebenden Sinti und Roma und der Regionalsprache Niederdeutsch in der Landesverfassung eine Beachtung analog den bestehenden Regelungen in Schleswig-Holstein (Schutz- und Förderklausel in Art. 6 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein) und im Freistaat Sachsen (Art. 5 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen) finden.

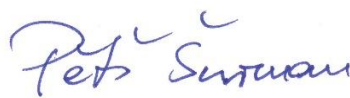
Damit wäre eine gleichberechtigte Behandlung und Förderung aller nationalen Minderheiten und der geschützten Regionalsprache Niederdeutsch im Land Brandenburg möglich. Zugleich würde eine solche Klausel den Verpflichtungen des Rahmenübereinkommens (Art. 4 Abs. 2, Art. 5 Abs. 1 und Art. 15) entsprechen. Dies würde die Angehörigen nationaler Minderheiten dabei unterstützen, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln sowie ihr Brauchtum und kulturelles Erbe zu bewahren.

Das friedliche Zusammenleben aller Menschen im Land Brandenburg sollte ein grundlegendes schützenswertes Ziel der Politik sein.

Mit freundlichen Grüßen
Z psíjazyymi póstrowami



Dawid Statnik
pśedsedař |
Vorsitzender
DOMOWINA –
Zwězk Łužyskich Serbow – Bund Lausitzer Sorben



dr. Pěť Šurman
župan župy Dolna Łužyca



Kathrin Šwjelina
pśedsedařka |
Vorsitzende
Rat für Angelegenheiten
der Sorben/Wenden



DOMOWINA



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Landtag Brandenburg
Vorsitzender des Hauptausschusses
Herrn Erik Stohn, MdL
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Per E-Mail: hauptausschuss@landtag.brandenburg.de

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33
E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>
Datum: 08. Nov. 2021
Aktenzeichen: 008-00

Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg (Drucksache 7/3680)

Ihr Schreiben vom 16. September 2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg (Drucksache 7/3680) danken wir Ihnen.

Mit der Neufassung des Artikels 2 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg soll als Staatsziel präzisiert werden, die Freundschaft mit dem Nachbarn Polen stetig zu vertiefen. Damit wird eine gelebte Praxis in Brandenburg anerkannt.

Soweit in Nummer 2 des Entwurfs durch eine Änderung des Artikels 3 in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 die Worte „Bürger“ durch die Worte „Bürgerinnen und Bürger“ und in Satz 2 das Wort „Einwohner“ durch die Worte „Einwohnerinnen und Einwohner“ ersetzt werden sollen, machen wir darauf aufmerksam, dass die zur Ersetzung vorgesehenen Begriffe auch in zahlreichen Gesetzen des Landes Brandenburg verwendet werden. Dies betrifft z.B. die §§ 11 ff. der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. Von hier wird angesichts der derzeit für Land und Kommunen anstehenden übrigen zu erfüllenden Aufgaben keine Priorität gesehen, Gesetze und Rechtsverordnungen und folgend kommunales Satzungsrecht insoweit anzupassen. Dazu müssten in großer Zahl Normänderungsverfahren eingeleitet werden. Der Hauptausschuss wird vor diesem Hintergrund gebeten, die in Nummer 2 vorgesehenen Änderungen mit Blick auf die im Entwurf erwähnten weiteren Anpassungen in Landesverfassung einstweilen zurückzustellen und im Rahmen der anstehenden Betrachtungen auch den daraus folgenden Anpassungsbedarf des einfachen Rechts zu ermitteln und zu bewerten.

Soweit in Nr. 3 durch eine Neufassung des Artikels 7a ein Entgegentreten des Landes Brandenburg gegen Antisemitismus als weiteres Staatsziel ergänzt wird, kann dies unterstützt werden. Gleiches gilt für den neuen Absatz 2, wonach das Land Brandenburg die Stärkung jüdischen Lebens ausdrücklich fördert.

Die unter den Nummern vier und fünf vorgesehenen Änderungen der Landesverfassung (Neufassungen der Artikel 67 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 69 Absatz 1) betreffen das Binnenorganisationsrecht des Landtages Brandenburg und berühren die vom Städte- und Gemeindebund Brandenburg wahrzunehmenden Belange nicht.

Für Erläuterungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Graf'. The signature is stylized with a large 'J' and a cursive 'Graf'.

Graf

Landkreistag Brandenburg

- per E-Mail -

Landkreistag Brandenburg
Postfach 60 10 35, 14410 Potsdam

Landtag Brandenburg
Hauptausschuss
Herrn Vorsitzenden
Erik Stohn, Mdl
Alter Markt 1

14467 Potsdam

Hausanschrift:

Jägerallee 25
14469 Potsdam

Postanschrift:

Postfach 60 10 35
14410 Potsdam

E-Mail:

poststelle@landkreistag-brandenburg.de

Telefon: 03 31/2 98 74 – 0

Telefax: 03 31/2 98 74 – 50

Durchwahl:

03 31/2 98 74 – 31

Datum: 2021-11-01

Az.: 10 10-12/Om/chr
(bei Antwort bitte angeben)

texte/landtag/allgemein/2021/tt202115.doc

Ihre Schreiben vom
16. und 21. September 2021

Ihr Zeichen

Achtes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg, Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/3680 in Verbindung mit einem Änderungsantrag der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

Sehr geehrter Herr Stohn,

für die Übermittlung des im Betreff genannten Gesetzentwurfs nebst dem Änderungsantrag dürfen wir uns recht herzlich bedanken.

Der Landkreistag Brandenburg nimmt hierzu folgendermaßen Stellung.

Die beabsichtigten Änderungen der Landesverfassung begegnen aus Landkreissicht keinen Bedenken. Eine unmittelbare Betroffenheit der Landkreise wird hieraus folgen, wenn die Änderungen im Verfassungswortlaut zum Anlass für entsprechende Anpassungen in den landesrechtlichen Normen im Rang unterhalb der Landesverfassung wie beispielsweise im Kommunalrecht genommen werden. Dies gilt namentlich mit Blick auf die beabsichtigten Änderungen in Bezug auf geschlechtergerechte Sprache.

Inwieweit sich daraus folgend Anpassungsbedarf für die insbesondere nach den kommunalrechtlichen Vorgaben erlassenen ortsrechtlichen Bestimmungen wie beispielsweise die Hauptsatzungen der

Landkreise ergeben wird, kann momentan nicht angegeben werden und bedarf sodann in diesem Kontext einer vertieften Prüfung.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'O' followed by a horizontal line and a small flourish.

Dr. Obermann

Fachstelle Antisemitismus

Moses Mendelssohn Zentrum • Am Neuen Markt 9 e-f • 14467 Potsdam

**Landtag Brandenburg
-Hauptausschuss-
Alter Markt 1
14467 Potsdam**

Potsdam, 11. Oktober 2021

Sehr geehrter Herr Stohn,
sehr geehrte Mitglieder des Hauptausschusses des Landtags,

Ihrer Bitte um eine Stellungnahme zum Achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg komme ich gerne nach.
Dabei hoffe ich auf Ihr Verständnis dafür, dass ich mich auf die Änderungen zu Art. 7a der Verfassung beschränke – zu den übrigen Vorschlägen sehe ich mich nicht hinreichend kompetent.

In Hinblick auf die Beschreibung des Problems und die Begründung für die Änderung von Art. 7a ist dem Gesetzentwurf wenig hinzuzufügen. Die Entwicklung der Anzahl antisemitischer Vorfälle, auch in Brandenburg, und die Zunahme von Hass und Gewalt bei antisemitischen Vorfällen, aber auch die Häufigkeit alltäglicher antijüdischer und antisemitischer Äußerungen, etwa bei Demonstrationen, machen deutlich, dass es auch Aufgabe des Staates ist, Antisemitismus aktiv entgegenzutreten und seine Verbreitung zu bekämpfen. Es sei mir gestattet, auf die Ausführungen von Rabbiner Prof. Homolka zur Anhörung im Hauptausschuss am 6. Oktober 2021 Bezug zu nehmen, insbesondere auf seine Anmerkungen zur besonderen Stellung von Antisemitismus im Verhältnis zu Rassismus und Diskriminierung.

Deshalb empfehle ich die vorgeschlagene Ergänzung von Art. 7a, Abs. 1.

Dennoch erlaube ich mir die Bemerkung, dass mir eine stärkere Formulierung vorgeschwebt hat, etwa so, wie sie in die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt Eingang gefunden hat. Dort heißt es in Art. 37a:

Nichtverbreitung nationalsozialistischen, rassistischen und antisemitischen Gedankenguts

Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen.

So könnte m.E. die Formulierung in Art. 7a künftig lauten:

Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen. Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen.

Durch diese Formulierung würde einerseits deutlich, dass die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus aber auch die der Verherrlichung nationalsozialistischer Herrschaftssysteme nicht nur Aufgabe der staatlichen Gewalt ist, sondern auch die Zivilgesellschaft verpflichtet. Zum anderen scheint mir der Verweis auf die Bekämpfung von Neonazismus ein wichtiger Aspekt, der es Wert ist, ausdrücklich erwähnt zu werden.

Die Förderung jüdischen Lebens in die Verfassung aufzunehmen, ist richtig und wichtig. Allerdings ist m.E. der hier durch die textliche Nähe zur Bekämpfung von Antisemitismus und fremdenfeindlichem wie rassistischem Gedankengut vermittelte Zusammenhang von Förderung jüdischen Lebens und Bekämpfung von Antisemitismus problematisch.

Die Förderung jüdischen Lebens sollte nicht unter den Schutz des friedlichen Zusammenlebens subsummiert werden.

Wenngleich es der Bekämpfung von Antisemitismus dient, jüdisches Leben bekannt zu machen, so ist doch die Förderung jüdischen Lebens nicht vordergründig Mittel zur Bekämpfung von Antisemitismus, sondern eine eigene, unterstützenswerte Aufgabe des Staats und der Gesellschaft.

Und andererseits ist die Bekämpfung von Antisemitismus notwendig und wichtig, nicht nur, weil Antisemitismus hier lebende Jüdinnen und Juden bedroht, sondern auch und gerade, weil Antisemitismus die Grundlagen

friedlichen Lebens und gleichberechtigter Teilhabe aller hier lebenden Menschen gefährdet. Deshalb denke ich, es wäre besser, die für Art. 7a, Abs. 2 vorgeschlagene Ergänzung der Verfassung an einem anderen Ort, beispielsweise in der Nähe von Art. 25, einzufügen.

Ich bitte Sie, meine Überlegungen nicht misszuverstehen; ich begrüße die vorgeschlagenen Ergänzungen der Verfassung und meine Hinweise sind lediglich Anregungen, die angestrebten Ergänzungen zu verstärken und nicht als Einwendungen gegen den Gesetzentwurf zu verstehen.

Die Aufnahme einer Schutz- bzw. Achtungsklausel für die deutschen Sinti und Roma in die Verfassung würde ich begrüßen. Auch dies gehörte wohl zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens.

Den Schutz der niederdeutschen Sprache (nicht den Schutz der Sprechergruppe) sollte man m.E. eher im Kontext zum Schutz der Sorben/Wenden, also im vierten Abschnitt der Landesverfassung – der dann eine andere Überschrift bekommen müsste – regeln.

Der Änderungsantrag der Fraktion BVB Freie Wähler soweit er sich auf Art. 7a Abs 2 bezieht, verweist nach meinem Verständnis auf einen wichtigen Gedanken, weil er neben der Förderung des wieder erstandenen jüdischen Lebens (das selbstverständlich die Kultur der wieder hier lebenden Jüdinnen und Juden umfasst) auch die Förderung der überlieferten kulturellen Zeugen jüdischer Kultur zum Gegenstand der Förderung erhebt – eine Idee, der ich viel Sympathie entgegenbringe und die einen wichtigen Beitrag zum Verständnis vom Leben von Jüdinnen und Juden in dessen jahrhundertelanger Geschichte leisten könnte.

Dies in Kürze und in der Hoffnung, dass das Ihnen bei Ihrer Entscheidung hilft.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Schüler

Leiter der Fachstelle



Landtag Brandenburg
Hauptausschuss
Der Vorsitzende
Herr Erik Stohn

Per Email:
hauptausschuss@landtag.brandenburg.de

Berlin, den 6. Oktober 2021
30. Tischri 5782
B/MR/Re

Stellungnahme zur Anhörung des Hauptausschusses
zum Gesetzentwurf für ein achttes Gesetz zur Änderung der Verfassung des
Landes Brandenburg am 6. Oktober 2021

Sehr geehrte Mitglieder des Hauptausschusses,
sehr geehrter Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrter Präsident des Landesverfassungsgerichts,
Sehr geehrte Ministerin und Chefin der Staatskanzlei,
sehr geehrte Landesbeauftragte,
verehrte Anzuhörende,

vielen Dank für die Einladung zur Anhörung zu den beabsichtigten Änderungen der Verfassung des Landes Brandenburg und die Möglichkeit zu den Änderungsvorschlägen Stellung zu nehmen.

Die Vernichtung, Ermordung, Vertreibung und Entmenschlichung von Jüdinnen und Juden während der Schoa hat jüdisches Leben in Deutschland fast in Gänze ausgelöscht. Das Ziel eines judenreinen Deutschlands haben die Nationalsozialisten in Perfektion verfolgt. Dass Juden nach 1945 zurück nach Deutschland kamen und vereinzelt jüdische Gemeinden gründeten bezeichnen einige als Wunder, andere als Geschenk. Jedenfalls ist jüdisches Leben auf deutschem Boden nach dem Zivilisationsbruch der Schoa alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Antisemitismus und Antijudaismus vor der Schoa wurden vielfach nicht ernst genommen. Viele haben darüber hinweggesehen. Nicht daran geglaubt, dass er ernsthaft gefährlich werden könnte für die, hier im Land lebenden, in der Wissenschaft, Forschung, Lehre, Kultur, Wirtschaft, im Sport und in vielen anderen Bereichen gesellschaftlichen Lebens aktiven Jüdinnen und Juden.

„Was soll uns schon passieren? Wir sind Deutsche, Bürger dieses Landes, haben für unser Vaterland im ersten Weltkrieg gekämpft und wurden hierfür mit dem Eisernen Verdienstkreuz ausgezeichnet.“ Das dachten sich viele Juden hierzulande. Der

Judenhass war derart groß, dass keine Verdienste den in Deutschland verbliebenen Juden geholfen haben. Sie mussten alle sterben.

Antisemitismus war nach 1945 nie weg. Oft wurde ein „Nie wieder“ beschworen. Aber Ausgrenzungen und Diskriminierungen gegen Juden gehörte in den letzten Jahrzehnten zur deutschen Realität.

Welche Auswirkungen Antisemitismus haben kann, haben wir in den letzten Jahren in unzähligen Fällen miterleben müssen. Neben Sachbeschädigen wie Friedhofsschändungen und Schmierereien an Synagogen, die medial aufgrund der Häufigkeit kaum noch wahrgenommen werden, finden regelmäßig auch körperliche Angriffe auf Juden statt. Besonders dramatisch war das Attentat auf die Synagoge von Halle vor zwei Jahren. Es sind keine Einzelfälle.

Erst gestern weigerte sich das Hotel Westin Leipzig den jüdischen Sänger Gil Ofarim einchecken zu lassen, weil er eine Davidstern Kette trug. Auch dies, kein Einzelfall.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und den gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem Land ist es richtig und konsequent das Eintreten gegen Antisemitismus als eines der Staatsziele in die Landesverfassung aufzunehmen.

Die diesbezüglichen Änderungsvorschläge sind aus der Sicht der jüdischen Gemeinschaft grundsätzlich zu begrüßen. Zur unmissverständlichen Klarstellung des Standpunktes des Landes Brandenburg halten wir jedoch eine stärker fordernde Präzisierung der Formulierung von Art. 7a für sachgerecht. Die zu wählende Formulierung sollte eine klare Positionierung des Landes Brandenburg gegen nationalsozialistisches Denken und Handeln mitumfassen.

Anlehnung finden kann man in Art. 37a der Verfassung von Sachsen-Anhalt. Dort heißt es:

„Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen.“

Dies entspricht gleichlautend bzw. inhaltlich auch den eingebrachten, wenn auch nicht verabschiedeten Änderungsvorschlägen für die Landesverfassungen von Bremen und Thüringen.

So umfassend die Auswüchse des Antisemitismus sich über die Jahrhunderte ausgebreitet haben, so mannigfaltig sind die Vorstellung dessen, was Antisemitismus ausmacht. Doch um Antisemitismus wirksam bekämpfen und Antisemiten als solche enttarnen zu können, ist es notwendig, das Phänomen zu erkennen und zu benennen. Daher ist es unabdingbar, in der Gesetzesbegründung an geeigneter Stelle auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International

Holocaust Remembrance Alliance zu verweisen. Diese Definition wurde unter Berücksichtigung historischer und gegenwärtiger Ausprägungen des Antisemitismus unter wissenschaftlicher Begleitung erarbeitet und von 34 demokratischen Staaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, anerkannt. Der Zentralrat der Juden unterstützt sie ausdrücklich.

Die vollständige Definition lautet wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet:

"Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Zusätzlich zu der Definition einigte sich die IHRA auf elf Beispiele zur praktischen Veranschaulichung. Der Schwerpunkt liegt auf dem Verhältnis der Juden und Jüdinnen zu dem Land Israel und dem, was andere aus diesem Verhältnis für ihre Absichten ableiten. Da der israelbezogene Antisemitismus mittlerweile die im Alltag von Jüdinnen und Juden die am heftigsten wahrnehmbare Ausprägung darstellt, verdienen diese Beispiele besondere Beachtung.

Die Ergänzung der Landesverfassung um das positive Element der Stärkung jüdischen Lebens ist ein wichtiges Signal an Jüdinnen und Juden in diesem Land, aber auch an die Gesamtgesellschaft. Das Land Brandenburg setzt sich zum Ziel mehr für aktives, lebendiges Judentum zu tun. Heute schon werden in Potsdam liberale Rabbinerinnen und Rabbiner ausgebildet und der Neubau der Potsdamer Synagoge steht bevor. Der Aufbau und die Stärkung jüdischen Lebens bedarf noch vielfältiger Unterstützung. Das Bewusstsein und die Bereitschaft sich dieser Verantwortung zu stellen, wird im neuen Art. 7a Abs. 2 zum Ausdruck gebracht.

Wenn man die Stärkung jüdischen Lebens tatsächlich ernst meint und in die Realität umsetzen möchte, muss man Jüdinnen und Juden religiöses Leben ermöglichen. Jüdische Feiertage sind in der Regel mit einem absoluten Arbeits- und Schreibverbot verbunden. Gerade für jüdische Studierende, die universitäre oder staatliche Prüfungen an jüdischen Feiertagen abzulegen haben, bedeutet die Entscheidung anzutreten oder aber einen Fehlversuch bzw. die Verlängerung ihres Studiums um ein bis zwei Semester in Kauf zu nehmen, eine einschneidende Gewissensentscheidung.

Der Schutz jüdischer Feiertage muss gleichberechtigt zu Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen geregelt werden.

Zur Gewährleistung der in Art. 4 Abs. 2 GG garantierten „ungestörten Religionsausübung“ werden in Staatsverträgen verschiedene religiöse Feiertage festgelegt. So auch in Artikel 2 des Vertrags zwischen dem Land Brandenburg und der Jüdischen Gemeinde – Land Brandenburg.

Zur Klarstellung und Sicherung der „ungestörten Religionsausübung“ in Brandenburg und zum klaren Bekenntnis für jüdisches Leben, schlagen wir deshalb vor, Art. 14 Abs. 1 der Landesverfassung Brandenburg entsprechend wie folgt zu ergänzen:

„Das Land schützt die Sonntage und die staatlich anerkannten sowie staatsvertraglich festgelegten Feiertage.“



LANDESVERBAND
DEUTSCHER SINTI UND ROMA
BERLIN-BRANDENBURG E.V.

LV Dt. Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. | Postfach 12 09 24 | 10599 Berlin

Prof. Dr. Ulrike Liedtke
Präsidentin des Landtages Brandenburg
Landtag Brandenburg
Präsidialbüro
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Berlin, den 11.10.2021

Stellungnahme zum Achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg

Sehr geehrte Präsidentin des Landtages Brandenburg Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke,

am 6. Oktober 2021 führte der Hauptausschuss des Brandenburger Landestags eine Anhörung zum Achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes vor dem Hintergrund eines Gesetzentwurfes der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE (Landtags-Drucksache 7/3680) durch.

Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. begrüßt die geplante Novellierung von Artikel 7a der Brandenburger Landesverfassung im Hinblick auf eine notwendige Stärkung der bereits im Jahr 2013 in der Landesverfassung verankerten Antirassismus-Klausel nachdrücklich. Das Land Brandenburg muss das friedliche Zusammenleben der Menschen schützen und Antisemitismus sowie der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenzutreten und das jüdische Leben stärken.

Gleichzeitig sind wir irritiert, dass die Bekämpfung des sog. Antiziganismus nicht in der Verfassung des Landes Brandenburg als Staatsziel verankert werden soll. Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. hat die Fraktionen des Landtages bereits 2020 gebeten, die Landesverfassung Brandenburgs um eine Schutz- und Achtsenklausel für die deutschen Sinti und Roma zu erweitern.

Wir bedauern ausdrücklich, dass der Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg als älteste gewählte regionale Repräsentanz der Sinti und Roma in Brandenburg und Berlin nicht zu der Sitzung des Hauptausschusses als Anzuhörender in den Brandenburger Landtag eingeladen wurde. Dieses Vorgehen ignoriert die bestehende Vereinbarung über die Grundlagen zwischen dem Land Brandenburg und dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. vom 1. Oktober 2018, welche das Fundament einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit der beiden Vertragspartner darstellt. Der Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V., geht aus der Cinti Union Berlin e.V. hervor, die bereits 1978 im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung gegründet und 1994 umbenannt wurde und seitdem als Ansprechpartner für Minderheitenfragen sowohl in Brandenburg als auch Berlin zur Verfügung steht.

Landesverband Deutscher Sinti und Roma
Berlin-Brandenburg e.V.

Postfach 12 09 24
10599 Berlin

Telefon (030) 43 55 11 70
Telefax (030) 43 55 11 72

info@sinti-roma-berlin.de
www.sinti-roma-berlin.de

Commerzbank
DE66 1004 0000 0127 9975 00

Die nationale Minderheit der Sinti und Roma ist seit mehr als 600 Jahren in Deutschland beheimatet. Die Berliner und Brandenburger Sinti und Roma haben sich im Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. organisiert und sich damit eine demokratisch legitimierte Vertretung gewählt.

Trotz der jahrzehntelangen reichen Tradition der gemeinsamen gesellschaftlichen Verflechtungen wird die Relevanz von Antiziganismus und die damit zusammenhängenden strukturellen und institutionellen Macht- und Gewaltverhältnisse zu selten reflektiert. Dies zeigt die dringende Notwendigkeit, dass die Bekämpfung des sog. Antiziganismus in der Landesverfassung verankert werden muss, um diese Verhältnisse zu überwinden und unsere Rechte als gleichwertige Bürger vollumfänglich zu gewährleisten.

Die Landesregierung verpflichtete sich in der Vereinbarung vom 1. Oktober 2018 Teilhabe und gegenseitige Information über relevante Entwicklungen im Arbeitsbereich von Minderheitenfragen und Gedenk- und Erinnerungskultur zu gewährleisten, wobei ausdrücklich auch auf die Bestimmungen aus Artikel 7a Bezug genommen wurde.

Auch der jüngste Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus empfiehlt, dass die Länder „die Anerkennung, Unterstützung und Förderung der Selbstorganisationen von Sinti_ze und Rom_nja in ihrer Vielfalt“ gewährleisten, da dies „ein wesentlicher Faktor zum Schutz vor und zur Überwindung von Antiziganismus und einen unverzichtbaren Teil demokratischer Kultur“ darstellt. „Dabei sind Formate der Zusammenarbeit auf jeweils höchster repräsentativer Ebene zu etablieren. Darüber hinaus ist ein Vertretungs- und Stimmrecht für Organisationen der Sinti_ze und Rom_nja in allen staatlichen Gremien, in denen es um die Angelegenheiten der Communities der Sinti_ze und Rom_nja geht, bzw. in denen Antiziganismus entgegengewirkt werden muss, sicherzustellen.“ (Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation (Bundestags-Drucksache 19/3031, S. 85).

Wir bitten alle Fraktionen des Brandenburger Landtages um eine Erweiterung der geplanten Novellierung von Artikel 7a der Brandenburger Landesverfassung auch im Hinblick auf den notwendigen Schutz der Sinti und Roma vor sog. Antiziganismus sowie auf die Förderung ihrer Identität und gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.

Dies ist auch vor dem Hintergrund des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten vom 01.02.1995 geboten, wie auch die Sachverständige, Frau Dr. Pfeil in der Anhörung im Hauptausschuss hervorhob. Sie verwies dabei auf die fortdauernde und im Verhältnis zu den anderen drei in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten deutlich stärker ausgeprägte Diskriminierungsproblematik, die auch im Rahmen des Europarat-Monitorings immer wieder erkennbar wird.

Die Erweiterung von Art. 7a der Brandenburgischen Verfassung auch um eine Antiziganismus-Klausel wäre daher ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung der völkerrechtlichen Verpflichtung aus Artikel 6 Abs. 2 des Rahmenübereinkommens, die ein entschlossenes und aktives staatliches Vorgehen gegen Diskriminierung erfordert. Gerade die verfassungsrechtliche Ebene gewährleiste nicht nur Stetigkeit und Verlässlichkeit, sie ist auch mit einer starken, bewusstseins-schärfenden Symbolik verbunden, die speziell bei den deutschen Sinti und Roma auch im Zeichen einer „Politik der nachholenden Gerechtigkeit“ (vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus von 2021, S. 12) dringend erforderlich sei.

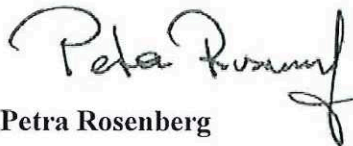
Diese könnte sich an das historisch wegweisende Vorbild des Bundeslandes Schleswig-Holstein anlehnen, das am 14. November 2012 die deutschen Sinti und Roma in ihre Landesverfassung aufgenommen hat (Schutz- und Förderklausel in Art. 6 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein). Die Verankerung einer solchen Regelung wäre auch für alle anderen Landesverfassungen der Bundesrepublik geboten.

Eine solche Klausel würde auch mit den Verpflichtungen des Rahmenübereinkommens (namentlich Art. 4 Abs. 2, Art. 5 Abs. 1 und Art. 15) korrespondieren, um Bedingungen zu fördern, die es Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität und ihr kulturelles Erbe, zu bewahren.

Zugleich wäre diese Klausel ein notwendiges, praktisches Instrument im Kampf gegen den sog. Antiziganismus. Dadurch könnte auch ein Politikwechsel befördert werden, der die von Mehrfachdiskriminierungen betroffenen Sinti und Roma als eigenständig handelnde Subjekte anerkennt. Dies ist Voraussetzung für die wirksame Teilhabe von Angehörigen nationaler Minderheiten am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben und an öffentlichen Angelegenheiten, die sie selbst betreffen. Ein Perspektivwechsel vom Objekt zum Subjekt entfaltet ein Bereicherungspotential für die gesamte Gesellschaft, welches mit der Identität und der Kultur der deutschen Sinti und Roma und deren aktiver und gleichberechtigter Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben verbunden ist. Die historische Lehre von uns Nachkommen der während der NS-Zeit verfolgten Sinti und Roma lautet: nie wieder sollten politische und gesellschaftliche Belange der Sinti und Roma ohne deren direkte Beteiligung verhandelt werden.

Es geht letztlich um ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung der Diversität unserer Gesellschaft, das sich in der Brandenburger aber auch Berliner Landesverfassung widerspiegeln sollte.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Rosenberg

Nachrichtlich zur Kenntnis an:

Ministerpräsident des Landes Brandenburg **Dr. Dietmar Woidke**,
Erster Vize-Präsident des Bundesrates, Koordinator für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit

Erik Stohn,
Vorsitzender des Hauptausschusses im Brandenburger Landtag

Michael Müller,
Regierender Bürgermeister von Berlin

Ralf Wieland,
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Franziska Becker,
Vorsitzende des Hauptausschusses im Abgeordnetenhaus von Berlin

Charlottenstraße 31
14467 Potsdam
mail@platt-in-brandenburg.de



Prof. Dr. Ulrike Liedtke
Präsidentin des Landtages Brandenburg
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, den 28.10.2021

Stellungnahme zum 8. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg DS 7/3680

Mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich der Brandenburger Landtag am 6. Oktober 2021 in einer Sondersitzung des Hauptausschusses mit dem achten Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg beschäftigt hat. Unser Verein für Niederdeutsch im Land Brandenburg e.V. unterstützt ausdrücklich die in der Debatte erörterte Präzisierung der Antirassismus-Klausel. Wir verurteilen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, ebenso Antiziganismus und reaktionäres Gedankengut. Für uns ist ein friedliches, von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander unabdingbar in einem modernen Brandenburg, das sich seiner Geschichte und seinen aktuellen Herausforderungen stellt.

Gern hätten wir uns bei der Anhörung zur Verfassungsänderung im Hauptausschuss Anfang Oktober als demokratisch gewählter Landesverein für Niederdeutsch und Mitglied im Bundesrat für Niederdeutsch eingebracht. Schließlich halten wir es ungeachtet der bisherigen Ablehnung für unabdingbar, die Regionalsprache Niederdeutsch bei der Novellierung der Verfassung des Landes Brandenburg mit zu verankern und als Staatsziel zu berücksichtigen.

Das Bekenntnis des Landes und die Entschiedenheit, sich dafür einzusetzen, ist aus unserer Sicht folgerichtig und längst überfällig. Das Land Brandenburg hatte bereits 1998 dem Gesetz zur Europäischen Sprachencharta gegenüber dem Europarat Verpflichtungen nach Teil II – der Charta zum Schutz und Erhalt der niederdeutschen Sprache – zugestimmt. Das Land Brandenburg hat damit auch Verpflichtungen zum Erhalt der Regionalsprache Brandenburgs übernommen.

Dringlicher denn je wurde deshalb, vor dem Hintergrund schwindender Sprecherzahlender niederdeutschen Sprachgruppe, dass das Land Brandenburg seiner Regionalsprache mit verbindlichen Regelungen und Maßnahmen für die Zusammenarbeit zwischen dem Land und seinen Sprechern eine Perspektive gibt.

20 Jahre brauchte die Ratifizierung der Europäischen Charta nunmehr, bis schließlich am 19. Februar 2018 die erste Vereinbarung zwischen dem Land und der Sprechergruppe unterzeichnet wurde.

Es steht außer Frage, dass Niederdeutsch in der brandenburgischen Landeskultur auf verschiedenste Art verwoben und Ausdruck märkischer Identität und kulturellem Reichtums Brandenburgs ist. Mit der Vereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit wurden Weichen für das gemeinsame Bemühen von Land und Sprechern gestellt, Niederdeutsch wieder einen Platz in der Sprachkultur Brandenburgs einzuräumen. Sie richten sich darauf, Maßnahmen umzusetzen, die den privaten Sprachgebrauch anregen und so die öffentliche Sprachpräsenz fördern. Sie schließen eine medienwirksame Information über die Regionalsprache ein. Das sind erste Schritte, die jetzt weiter präzisiert und ausgebaut werden müssen, um dem Brandenburger Platt eine Chance auf Dauer zu geben.

Im MWFK wurde 2015 eigens dafür die AG Niederdeutsch gebildet, die sich interministeriell spezieller Fragen annimmt, um die Regionalsprache zu fördern. Kontinuität hat sich im Rückblick eingestellt: bei ersten regionalen Unterrichtsprojekten in Schule und Freizeit. Es gibt kulturelle Angebote Up Platt. Eine Plattdeutsche Schulfibel ist entstanden. Aus den losen Gruppen von Plattsprechern hat sich ein Verband formiert, der die Mitsprache einfordert. So wurde unser Landesverein vom MBS in die Erarbeitung des Mehrsprachigkeitskonzepts, in der Platt ein Teil sein wird, mittels eines Beteiligungsprozesses einbezogen. Die Landesverwaltung prüft ebenso die Erfordernisse eines brandenburgischen Niederdeutschgesetzes.

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Maßnahmen zur Förderung einzelner Projekte zum Erhalt des Niederdeutschen mit finanziellen Mitteln der Landesregierung gefördert. Klar ist aber: Ohne das unermüdliche und unbezahlte ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern und Partnern des Vereins für Niederdeutsch im Land Brandenburg wären „Platt in der Pflege“, „Platt in de Kirch“, Niederdeutsch in Kitas und Schulen, die erste „Brandenburgische Plattfibelf“, „Plattdeutsche Ecken“ in Bibliotheken, Plattdeutsch in Museen, im Tourismus und in den Medien nicht möglich gewesen.

Mit ihrem persönlichen Einsatz sind die Sprecherinnen und Sprecher weiterhin der Motor für alle Aktivitäten. Sie tragen auch die Hauptlast der Verantwortung für die Bewahrung der niederdeutschen Sprache als kulturelles Erbe in Brandenburg.

Wir, der Vorstand des Vereins für Niederdeutsch im Land Brandenburg e.V. fordern deshalb weiterhin, die Regionalsprache Niederdeutsch unter den Schutz unserer Landesverfassung zu stellen.

Kast keen Platt, fählt die wat.

Vorstand des Vereins für Niederdeutsch im Land Brandenburg e.V.